



Vorurteile, Urteile und ihre Folgen

Interne Hinweise, Veranstaltungstermine.....3

Tierrechte und Tierschutz

Paul Watson auf der Flucht	4
Ein gerechtes Urteil	6
Wenn Recht zu Unrecht wird - das System Wiesenhof	9
Die Gier nach dem „weißen Gold“	10

Politik

Hermesbürgschaften f. Legebatterien ...	11
Dummheit auf höchster Ebene	12
Deutsches Wahlrecht	14
Ein Störfall der besonderen Art	15

Umweltschutz

Denken ist Glückssache	17
Globale Warnzeichen	18

Lebensstil

Ist doch logisch	20
------------------------	----

Aktionen im Fokus

VeggieWorld 2012 in Düsseldorf	21
--------------------------------------	----

Essays und Ethik

„Cogito ergo sum“ - Ein philosophisches Fehlurteil und seine Folgen	22
---	----

Internes

Funktionsträger, Kontakt-Adressen, Info-Material	24
Landesverbände in Aktion	26
Eindeutiges Votum	29
Unsere neue Satzung	30

Verschiedenes

Literaturempfehlungen	32
Restaurant-Empfehlung, veganes Rezept, Impressum	33
Leser/innenbriefe	34

Aktuelles in letzter Sekunde

Lange Nacht der nachhaltigen Ernährung in Berlin	34
Verbandsklage-Demo in München	35
Positiv-Nachrichten	36



Liebe Parteimitglieder und Interessierte,

dass der gesunde Menschenverstand, Gerechtigkeit, Recht und Gesetz häufig auseinanderdriften, mussten wir leider auch während der vergangenen Monate innerhalb unserer Partei feststellen. Über die Ereignisse im Zusammenhang mit den letzten beiden Bundesparteitagen (Anfechtungen durch den Landesverband Sachsen-Anhalt) und dem Parteiausschlussverfahren gegen mehrere Mitglieder des Landesvorstandes Berlin wurden Sie mehrfach hinreichend informiert – letztmalig bei der Bekanntgabe, dass der geplante Bundesparteitag im November ausfällt, weil wir es nicht verantworten wollen, dass Sie die Mühe und Kosten auf sich nehmen, nach Frankfurt anzureisen und hinterher wird auch dieser Bundesparteitag mit irgendeiner absurden und konstruierten Begründung wieder angefochten. Dass die Ignoranz nicht nur bei uns – wenn auch nur partiell – grassiert, sondern in der hohen Politik die Regel ist, erfahren sie anhand einiger Beispiele in dem Beitrag „Dummheit auf höchster Ebene“.

Ebenso unerfreulich wie die internen Probleme für uns war aber auch sicherlich die Inhaftierung und Flucht aus Deutschland des bekannten Meeresschützers, Paul Watson. Wir werden ihn wohl nie wieder in unserem Land persönlich begrüßen können und sind froh, dass wir ihm noch auf dem angefochtenen 29. Bundesparteitag am 23. Juni neben dem Undercover-Filmer Jan Peifer die MUT-Medaille verliehen haben.

Ein Zeichen zunehmender Ignoranz war auch die überspitzte Debatte über das Kölner Beschneidungsurteil und der folgende Entwurf eines deutschen Beschneidungsgesetzes. Deutsche Politik verkommt zunehmend zur Seifenoper, denn in diesen Zeiten steht viel mehr auf dem Spiel als dieses kleine Anhängsel unserer männlichen muslimischen und jüdischen Mitbürger. Darüber erfahren Sie mehr in dem Beitrag „Globale Warnzeichen“, der über eine Katastrophe berichtet, die bereits in vollem Gange ist, aber seitens der Politiker rund um den Globus kaum noch ernst genommen wird, weil angeblich wichtigere Krisen zu bewältigen sind.

Ein erfreuliches Highlight in der alltäglichen Tristesse war das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bezüglich der Zwangsjagdgenossenschaften. Nach langem, erbittertem Ringen ist endlich ein Sieg für die Tiere in Wald und Flur erkämpft worden, über dessen Auswirkungen der Beitrag unseres Experten Harald Hoos informiert.

Wie harmonisch und konstruktiv unser Sonderparteitag am 25. August verlief, erfahren Sie im Beitrag „Eindeutiges Votum“. Und wie sich die dort beschlossene neue Satzung sowie die relevanten Ordnungen zum Wohle der Partei anwenden lassen, erfahren Sie auf Seite 30 dieser Ausgabe. Auch mit den restlichen Beiträgen liefern wir Ihnen wie immer gut recherchierte Informationen, die zu wissen in Diskussionen mit der Familie, mit Freunden und Bekannten oder am Info-Stand der Partei nützlich sind. Wir müssen überzeugen, um der Tiere, der ausgebeuteten Natur und der Menschen willen - und überzeugen kann man meistens nur mit fundiertem Wissen. Aus diesem Grund machen wir uns für Sie die Mühe, zu recherchieren und das Gelesene in einem prägnanten Beitrag, der zuweilen auch mit einer Prise Sarkasmus oder Humor gewürzt wird, aufzubereiten. Wir hoffen, dies ist uns bisher gelungen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich – auch im Namen aller Redaktionsmitglieder – meinen Dank für die vielen positiven Zuschriften und Telefongespräche ausdrücken, die meine Kollegen/innen und mich ermutigen, den erreichten Standard der ZeitenWENDE von Ausgabe zu Ausgabe immer wieder aufs Neue zu toppen.

Mit herzlichen Grüßen,
Ihr Stefan Bernhard Eck

Großeinsatz des LV Hamburg in Berlin
für Paul Watson



LV Baden-Württemberg

Kontaktmöglichkeit: Uwe Blusch, Tel. 07661-9082290,
E-Mail: uwe-blusch@tierschutzpartei.de

LV Bayern

Kontaktmöglichkeit: Barbara Nauheimer, Tel. 08152-925326,
E-Mail: barbara-nauheimer@tierschutzpartei.de

LV Berlin

Kontaktmöglichkeit: Bundesgeschäftsstelle, Tel. 06196-7679950,
E-Mail: bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de

LV Brandenburg

Kontaktmöglichkeit: Kenneth Ehlers, Tel. 03361-307610;
E-Mail: kenneth-ehlers@tierschutzpartei.de

LV Bremen

Kontaktmöglichkeit: Andreas Zemke, Tel. 0172-9169029,
E-Mail: andreas-zemke@tierschutzpartei.de

LV Hamburg

Kontaktmöglichkeit: Bettina Jung, Tel. 04165-224859,
E-Mail: bettina-jung@tierschutzpartei.de

LV Hessen

Kontaktmöglichkeit: Christa Rust, Tel. 069-5602163,
E-Mail: christa-rust@tierschutzpartei.de

LV Niedersachsen

Kontaktmöglichkeit: Margret Giese, Tel. 05331-904525,
E-Mail: margret-giese@tierschutzpartei.de

KV Delmenhorst–Wesermarsch–Oldenburg Land

Kontaktmöglichkeit: Hans-Ulrich Adler, Tel. 04223-2195,
E-Mail: ulrich-adler@tierschutzpartei.de

LV Nordrhein-Westfalen

Kontaktmöglichkeit: Marcel Temburg, Tel. 0208-38893612,
E-Mail: marcel.temburg@gmx.de

LV Rheinland-Pfalz

Kontaktmöglichkeit: Petra Kuppinger, Tel. 06131-678332,
E-Mail: petra-kuppinger@tierschutzpartei.de

LV Saarland

Kontaktmöglichkeit: Stefan Eck, Tel. 0681-9403207 (werktags
von 14.00 bis 16.00 Uhr), E-Mail: stefan-eck@tierschutzpartei.de

LV Sachsen-Anhalt

Kontaktmöglichkeit: Bettina Fassl, Tel. 0391-563908-46,
Fax: 0391-6077283, E-Mail: bettinafassl@aol.com

LV Sachsen

Kontaktmöglichkeit: Geschäftsstelle des LV Sachsen, Tel. 034346-
61475, E-Mail: andreas-hantzsch@tierschutzpartei.de

LV Schleswig-Holstein

Kontaktmöglichkeit: Ulla Schloon, Tel. 040-78107468,
E-Mail: ulla-schloon@tierschutzpartei.de

LV Thüringen

Kontaktmöglichkeit: Harald v. Fehr, Tel. 03621-400766, Fax:
03621-506611, E-Mail: harald.von-fehr@tierschutzunion.de
Ansprechpartner im „Netzwerk bundesweiter Tierschutz-Not-
ruf“ (0700-58585810)

Veranstaltungstermine

Demo „Wir haben es satt“

„Wir haben es satt“ – das Motto der beiden sehr erfolgreichen Großdemonstrationen 2011 und 2012 in Berlin – kommt jetzt in das „Agrarland Nr. 1“, also nach Niedersachsen! Ein ganz großes Bündnis ruft für Samstag, den 10.11.2012, am Steintor in Hannover zu einer Großdemonstration, Beginn 11.00 Uhr, auf. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz wird natürlich an der Demo teilnehmen.

Ärztetkongress zu vegetarischer Ernährung und Medizin in Berlin

Charité Hochschulambulanz für Naturheilkunde, Vegetarierbund und Carstens-Stiftung organisieren „VegMed“, die europaweit erste wissenschaftliche Fachkonferenz zu vegetarischer Ernährung in der Gesundheitsversorgung. Die VegMed findet am 09. Dezember 2012 in Berlin statt. Sie richtet sich an Ärzte, Diätassistenten, Gesundheitsberater und Ernährungswissenschaftler. Anmeldung bei Elmar Stapelfeldt: e.stapelfeldt@immanuel.de

31. Bundesparteitag

Der 31. Bundesparteitag, der für den 10.11.2012 geplant war, findet am 12.01.2013 in Frankfurt am Main, Musikübungszentrum (MÜZ), Rödelheimer Str. 38, statt. Weitere Informationen einschließlich der Tagesordnung erhalten Sie wie immer mit der schriftlichen Einladung. Gäste (vorherige Anmeldung in der Bundesgeschäftsstelle erbeten) sind herzlich willkommen.

„MUT-Seminar“ / Strategietreffen

Für die Landesvorsitzenden, Landesschatzmeister/innen und aktiven Funktionsträger in den Landesverbänden veranstaltet der Bundesverband am 13.01.2013 ein Seminar, auf dem die Umsetzung der neuen Satzung und der satzungsrelevanten Ordnungen das Schwerpunktthema sein wird. Nähere Informationen erhalten Sie mit der Einladung.

Themenabend „Ausstieg aus der Massentierhaltung“

Am 16. November 2012 findet in Bamberg/Ost (zwischen Bamberg und Litzendorf), Waldgaststätte „Kunigundenruh“ um 19.00 Uhr ein Themenabend mit Diavortrag und anschließender Diskussion, der von dem Mitmachkreis „Tage ohne Fleisch“, der Initiative „Naturschutz zum Mitmachen“ und dem Bundesverband der Partei Mensch Umwelt Tierschutz organisiert wurde, statt. Die Referenten sind der Bundesvorsitzende Stefan Bernhard Eck, der 2. stellv. Vorsitzende Horst Wester und Ludwig Maier, Vorsitzender des Bundesarbeitskreises „Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik“ der ödp.

Wichtiger Hinweis!

Da die Bundesgeschäftsstelle nach Sulzbach am Taunus (Haingrabenstraße 6) umgezogen ist, hat sich auch die Telefonnummer verändert.

Neue Nummer: 06196 / 7679950

Deutschland – kein Platz für Helden!

Paul Watson auf der Flucht – Oberlandesgericht Frankfurt setzt Haftbefehl wieder in Kraft

Dass Gerechtigkeit und Recht in unserem Land so weit auseinanderdriften können, wie dies bei der Strafverfolgung von Captain Paul Watson der Fall war, schockierte Hunderttausende von Tier- und Umweltschützern rund um den Globus.

Am Beispiel von Paul Watson, der weltweites Ansehen für seinen selbstlosen und lebensgefährlichen Einsatz für die Bewohner der Ozeane genießt, wird dies schockierend deutlich.

Wer ist Paul Watson?

In einem Artikel der bekannten britischen Tageszeitung „The Guardian“ aus dem Jahre 2008 heißt es, dass Paul Watson einer der 50 Personen sei, die den Planeten retten könnten. Paul war 1972 einer der Gründungsmitglieder von Greenpeace. Im Jahre 1977 verließ er diese Umweltorganisation, da sie seiner Ansicht nach zu viel demonstrierte und zu wenig vor Ort gegen die Verbrechen auf den Meeren bewirkte. Deshalb gründete er seine

eigene Organisation, die „Sea Shepherd Conservation Society“.

Inzwischen ist Paul Watson 61 Jahre alt und wahrhaftig einer der letzten Helden unserer Zeit. Seine Aktionen zum Schutz der Ozeane kann man in regelmäßigen Film-Dokumentationen wie z.B. „Whale Wars“ im Internet oder im Fernsehen verfolgen. Er und die Besatzungen der Schiffe von Sea Shepherd haben sich dem selbstlosen Kampf gegen die Profitgier auf Kosten des größten Öko-Systems der Welt verschrieben. „If the ocean dies, we die!“ (*Wenn der Ozean stirbt, sterben wir!*) ist einer seiner Leitsätze.

In diesem Sinne geht er mutig gegen die Walschlächter, das grauenvolle Shark-Finning, bei dem Millionen Haien bei lebendigem Leib die Flossen abgeschnitten und die verstümmelten, zum Tode verurteilten Tiere ins Meer zurückgeworfen werden, gegen das Delphin-Gemetzel in der Bucht von Taiji und anderen Orten vor, an denen geltendes Recht missachtet wird! Es gibt außer Sea Shepherd keine andere Organisation, die sich so kompromisslos für

den Schutz der Meerestiere einsetzt.

Er und seine Crews arbeiten sogar häufig offiziell im Auftrag von Regierungen verschiedener Länder, die auf seine Unterstützung zum Schutz ihrer Gewässer und maritimen Nationalparks (z.B. die Galapagos-Inseln) zurückgreifen. So zeichnete ihn beispielsweise Ecuador im Jahre 2007 mit zwei Awards „Zum Schutz der Meerestiere weltweit“ aus!

Zurück zu dem unsäglichen Vorfall, der sich am 13. Mai 2012 auf deutschem Boden ereignete: Captain Paul Watson wurde auf einem Zwischenstopp seines Fluges nach London auf dem Flughafen Frankfurt/Main überraschend verhaftet und inhaftiert. Hunderttausende Menschen wandten sich umgehend durch Petitionen und Protestschreiben an die schweigende Bundeskanzlerin, Außenminister Westerwelle und Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, die sich nicht minder in Schweigen hüllten, und forderten die unverzügliche Freilassung.

Seiner Inhaftierung lag ein Vorfall zugrunde, der mehr als 10 Jahre zurücklag

und sogar durch den preisgekrönten Film „Sharkwater“ dokumentarisch festgehalten wurde. Paul Watson wurde von einem Gericht in Costa Rica vorgeworfen, in guatemaltekischen Gewässern (also außerhalb des Landes Costa Ricas!) ein costaricanisches Fischerboot, das illegales Shark-Finching betrieb, behindert zu haben, obwohl Captain Watson zu diesem Zeitpunkt einen offiziellen Auftrag der Regierung Guatemalas hatte, einzugreifen. Er „störte“ das grausame Massaker an den Haien mit Wasserwerfern so lange, bis die Jagd eingestellt wurde und das Boot, das durch diese Aktion nicht beschädigt wurde, abdrehte. Zu keiner Zeit waren die illegalen Fischer, die schon ein Jahr zuvor wegen Shark-Finching im Meeresschutzgebiet Galapagos verurteilt worden waren, gefährdet!

Deutschland – kein Platz für Helden!

Vom 13. Mai 2012 an bis zu seiner Flucht aus Deutschland am 22. Juli 2012 setzte Paul Watson sein Vertrauen in den Rechtsstaat Deutschland, der ihn inhaftiert hatte, obwohl Interpol längst das Ersuchen Costa Ricas nach einem interna-

tionalen Haftbefehl gegen ihn abgewiesen und als politisch motiviert enttarnt hatte.

70 Tage lang harnte Captain Watson gezwungenermaßen in unserem Land aus und sah sich – selbst als er das Gefängnis verlassen durfte – nachdem er gegen eine 250 000 Euro hohe Kaution, die zum Großteil der Schauspieler Pierce Brosnan (bekannt aus den James Bond Filmen) gezahlt hatte, zahlreichen Schikanen ausgesetzt.

Anfänglich wurde ihm zur Auflage gemacht, sich zweimal täglich bei der Polizei in Frankfurt zu melden, was ihn empfindlich in seinem Aktionsradius einschränkte; er konnte sich kaum der Öffentlichkeitsarbeit widmen, die er dringend benötigte, um auf die Missstände hinzuweisen, die zu seiner Festnahme führten.

Erschwerend war auch die Tatsache, dass es kaum Presseberichte zu diesem „Justizskandal“ gab. Selbst als Pamela Anderson zu seiner Unterstützung nach Frankfurt kam, war dies nur für einige kommerzielle TV-Sender ein berichtenswertes Thema; die öffentlich-rechtlichen Sender schwiegen. Dies veranlasste mich (Bettina Jung, Vorsitzende des LV Hamburg) zu einem Aufruf bei Facebook, Fernsehsender und bekannte Moderatoren anzuschreiben

und sie zu bitten, über die Inhaftierung von Paul Watson zu berichten. Hunderte Facebook-Nutzer folgten meiner Bitte, jedoch ohne erkennbaren Erfolg.

Am 23. Mai 2012 standen 9 Mitglieder des Landesverband Hamburg mit Parteibannern, Sabine Jedzig vom Vorstandsssekretariat und der Bundesvorsitzende Stefan Bernhard Eck, der mit Paul Watson befreundet ist, Sea Shepherd und Captain Paul Watson in Berlin zur Seite, um für seine Freilassung unter der Siegestsäule zu demonstrieren. Anlass der Demonstration in Berlin war der Staatsbesuch der costaricanischen Präsidentin Chinchilla, die auf dem Weg zum Bundeskanzleramt an der Siegestsäule vorbeifahren musste.

Am Rande der Demonstration hatten wir Gelegenheit, auch etliche persönliche Gespräche mit Paul zu führen und ihm unsere Unterstützung zu versichern. Zu diesem Zeitpunkt hatte er noch vollstes Vertrauen in die deutsche Justiz und rechnete mit seiner baldigen Freilassung.

Selbst am 23. Juni 2012, als Captain Watson in einem feierlichen Akt unsere MUT-Medaille für seinen beispielhaften Einsatz für den Schutz der Meeresbewohner erhielt, war er voller Zuversicht. Nach der Verleihung der Ehrenmedaille



beschlossen die anwesenden Parteimitglieder eine offiziellen Protestnote des Bundesparteitages an die Bundesregierung zu senden. Bis heute steht ein Antwortschreiben auf unser Schreiben aus.

Am 25. Juli 2012 konnte man aus der Presse erfahren, dass Paul Watson mutmaßlich am Sonntag, den 22. Juli 2012, Deutschland mit unbekanntem Ziel verlassen habe und das Oberlandesgericht Frankfurt den zwischenzeitlich ausgesetzten Haftbefehl gegen ihn wieder in Kraft gesetzt hatte.

Nach seiner Flucht wurde das Ausmaß der Korruption im Hintergrund deutlich: Deutschland machte sich zum Handlanger Costa Ricas, weil weitaus mächtigere Drahtzieher im Hintergrund ihre Hände im Spiel hatten. Die Walfangnation Japan, die Paul Watson quasi den Krieg erklärt hatte, soll hinter den Machenschaften stecken und Costa Rica als Marionette benutzt haben. Japan soll angeblich 30 Millionen Dollar Spendengelder, die den Opfern der atomaren Katastrophe in Fukushima und des Jahrhundert-Tsunamis zugedacht waren, für die „Kriegskasse“ gegen Sea Shepherd abgezweigt haben.

Paul Watson sollte, so wurde ihm aus dem Justizministerium zugetragen, nach der Auslieferung an Costa Rica nach Japan überführt werden. Aufgrund dieser Information sah sich Paul veranlasst, im allerletzten Moment die Flucht nach vorne, im wahrsten Sinne des Wortes, zu ergreifen und sich abzusetzen.

Der Fall Paul Watson erschütterte das Vertrauen hunderttausender Menschen rund um Globus in Deutschland als Rechtsstaat!

Der 61-jährige Gründer von Sea Shepherd schreibt über diese skandalösen

„Für eine Schale Suppe!“

Vorkommnisse: „Wofür das alles? Weil die Gesetze dafür da sind, diejenigen abzusichern, die die Ozeane ausbeuten und nicht diejenigen, die versuchen, die Ozeane zu schützen. Was auch immer geschehen wird, dieser gesamte Vorfall hat eine positive Konsequenz, die niemand abstreiten kann. Die weltweite Aufmerksamkeit richtet sich auf das Shark-Finching und das grauenvolle Massaker, das jedes



Jahr an über zehn Millionen Haien begangen wird. Und wofür das alles? Für eine Schale Suppe!“

Fazit: Bundeskanzlerin Merkel, Außenminister Guido Westerwelle und Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger haben kläglich versagt; sie sind durch ihr Schweigen und ihr Wegsehen fast – wäre er nicht aus Deutschland geflohen – zu Mit Helfern derjenigen skrupellosen Politiker/innen geworden, die Captain Watson für den Rest seines Lebens hinter Gitter bringen wollten.

Auch wenn Deutschland vielleicht tatsächlich kein Platz für Helden ist, steht die Partei Mensch Umwelt Tierschutz an der Seite von Captain Paul Watson in seinem unermüdlichen Kampf für den Schutz der Bewohner der Weltmeere.

Bettina Jung

Redaktion ZeitenWENDE

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sagt NEIN zur Zwangsmitgliedschaft in Jagdgenossenschaften

Ein gerechtes Urteil

Jagd sei ein altes Kulturgut, eine Tradition und zwingend notwendig für unsere Natur. Die Jäger müssen eingreifen, um unsere Natur davor zu schützen, in ein fatales Ungleichgewicht zu schlittern.

Wildschweinschwemmen, verbissene und zerstörte Wälder würden uns ohne die aufopferungsvollen Waidmänner erwarten. Tierseuchen würden nicht nur die Fauna, sondern auch den Menschen bedrohen...

Das sind die widersinnigen Argumente und Schreckensszenarien, mit denen die Jäger die Bevölkerung zu überzeugen versuchen, dass ihr blutrünstiges Treiben zu unser aller Wohl sei. Dass es in Wirklich-

keit bei dem „alten Kulturgut“ vielmehr um einen „Blutspott“ geht, der u.a. die Möglichkeit zum Ausleben von Gewaltfantasien in Verbindung mit nicht selten einem Waffenfetisch einhergeht, bleibt meist im Verborgenen. Und von „Traditionen“ kann schon gar keine Rede sein: dieses perverse Hobby für den „kleinen Mann“ hat sich in dieser Form erst nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt.

Der Gesetzgeber hat bisher den Jagdge-

nossen jeden Weg geebnet, um sich hemmungslos – auch ohne (wildbiologischen) Sinn und Verstand – ausleben zu können. Der Weg wurde sogar hinein bis in den Privatbereich geebnet. Ob er der Jagd zustimmt oder nicht: für jeden Grundstückseigentümer mit einem Besitz von unter 75 Hektar Land bestand die Zwangsmitgliedschaft in einer Jagdgenossenschaft – ohne Wenn und Aber. Jeder hatte die Jagd auf seinem eigenen Grund und Boden zu dul-

den. Die Grundstückseigentümer mussten hinnehmen, dass die Männer und Frauen in grüner Lodenkluft zuweilen in marodierender Art und Weise über ihr Land zogen und Tiere erschossen, auch wenn dies der eigenen Überzeugung und ethischen Auffassungen entgegenstand.

Diese Zeiten sind nun vorbei! Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verkündete am 26.6.2012 sein Urteil, dass die Zwangsmitgliedschaft in Jagdgenossenschaften gegen die Menschenrechte verstößt. Günther Herrmann, ein Grundstückseigentümer, hatte sich durch alle Instanzen geklagt und bekam nun, nach zunächst einer Niederlage vor der Kleinen Kammer des EMGR, vor der Großen Kammer im Beschwerdeverfahren (Beschwerdenummer 9300/07) Recht. Der Fall „Herrmann gegen die Bundesrepublik Deutschland“ wurde bereits am 30.11.2011 vor den 17 Richtern der Kammer verhandelt. Der Tierfreund und Rechtsanwalt Günther Herrmann aus dem baden-württembergischen Stutensee muss nun die Jagd auf seinem Grundbesitz in Rheinland-Pfalz nicht mehr dulden und bekam zudem eine Entschädigung für immateriellen Schaden zugesprochen. Die Große Kammer hat entschieden, dass die Zwangsbejagung eine Verletzung von Artikel 1 des Protokolls Nr. 1 (Schutz des Eigentums) zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) darstellt.



Demnach ist es unzumutbar, dass jemand die Jagd auf seinem Land dulden muss, obwohl er diese aus ethischen Gründen ablehnt. Es sei eine unzumutbare und unverhältnismäßige Belastung, die Jagd dulden zu müssen, so der Grundtenor der Begründung.

Letztendlich schloss sich dieses Urteil an die zwei schon vor einigen Jahren ergangenen Urteile gegen Frankreich und Luxemburg an. Für diese Länder hatte der EMGR bereits auf Grund von Klagen die Zwangsbejagung für rechtswidrig erklärt.

Erstaunlich dabei ist, dass das Urteil in der Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland mit einem Stimmenverhältnis von neun gegen acht Stimmen entschieden wurde. Als 1999 im Falle des französischen Klägers Chassagnou ebenfalls durch die Große Kammer des EMGR entschieden wurde, war dies ein nahezu



einstimmiges Urteil mit einer Gewichtung von 16:1. Als 2007 vor der mit 7 Richtern besetzten Kleinen Kammer der luxemburger Kläger Schneider zu seinem Recht kam, stimmten sogar alle Richter für die Abschaffung der Zwangsbejagung in dem kleinen Nachbarland. Warum es bei dem jetzigen Richterspruch zu solch einem knappen Stimmenverhältnis gekommen ist, bleibt bisher im Verborgenen.

Die Bundesregierung hatte hervorgehoben, dass das deutsche Jagdrecht bundesweit gilt, während die maßgebliche französische Gesetzgebung nur in einigen Départements Anwendung fand. Der Gerichtshof nahm aber zur Kenntnis, dass eine Grundgesetzänderung von 2006 den deutschen Ländern die Möglichkeit gegeben hatte – von der sie bisher noch nicht Gebrauch gemacht haben – im Jagdwesen von der Gesetzgebung des Bundes abweichende Regelungen zu treffen. Zudem hatte die landesweite Anwendbarkeit des luxemburgischen Jagdrechts den Gerichtshof nicht davon abgehalten, im Fall Schneider einen Verstoß gegen die Konvention festzustellen. Im Übrigen sieht die Gesetzgebung in allen drei Ländern bestimmte räumliche und personenbezogene Ausnahmen vor. So sind Natur- und Wildschutzgebiete in Frankreich und Deutschland von Jagdbezirken ausgeschlossen.

Es darf jedoch gemutmaßt werden, dass sicher die intensive Lobbyarbeit der grünen Zunft auch hier Wirkung gezeigt hat. Glaubt man den Verlautbarungen der

Jägerlobby im Vorfeld der Entscheidung, so ist mit dem Kippen der Zwangsbejagung das deutsche Reviersystem gefährdet, was dann unmittelbar zur Folge hätte, dass – wie schon Eingangs gesagt – wir es mit Tierschwermen auf Grund explodierender Populationen, der Ausbreitung von Seuchen, der Zerstörung von Wäldern und Kulturlandschaften u.v.m. zu tun bekommen. Schreckensszenarien wurden ohne Sinn und Verstand, aber vor allem ohne jedes Verständnis für die Wildbiologie aufgebaut.

Nun werden sicher in naher Zukunft auch in Deutschland Schilder zu sehen sein, wie beispielsweise „Privateigentum – Jagen verboten“. Aus den anderen betroffenen Ländern sind solche Hinweise schon bekannt.

Dem Urteil folgte erst einmal eine kurze Schockstarre in Jägerkreisen – keiner hatte wohl mit diesem Urteil gerechnet. Gerade wieder aus dieser Schockstarre erwacht, gingen gebetsmühlenartig die Beschreibungen apokalyptischer Szenarien weiter, nun mit noch drastischeren Schilderungen. Dabei ist kein Argument zu dumm, dass dieses nicht von den Jägern angeführt wird: Würden jetzt Grundstückseigentümer sich des Jagdzwangs entziehen, wäre dies für die Wildtiere eine willkommene Gelegenheit Ruhezeiten zu finden, in die sie sich zurückziehen könnten. Dass somit im Umkehrschluss zugegeben wird, dass Wildtiere keine Ruhe mehr haben und quasi einem Jagd-Terror ausgesetzt sind, ist den „Wildtierexperten“ wohl entgangen.

Doch auch wirkliche Wildtierexperten meldeten sich zu Wort. DER SPIEGEL führte ein Interview mit dem Zoologen und Evolutionsbiologen Prof. Dr. Josef H. Reichholf über das Urteil des EMGR. Der renommierte Zoologe bezeichnet das Revierjagdsystem als „ein Relikt aus der Feudalzeit, denn es beinhaltet die Herrschaft des Jägers über den Grund und Boden anderer“. (SPIEGEL Nr. 27 vom 2.7.2012, S. 103)





Auf die SPIEGEL-Frage, was passieren würde, wenn viele Grundbesitzer die Jagd bei sich verböten, und ob die Wildschäden zunehmen würden, antwortet der Zoologe: „Nicht unbedingt, eher gingen sie sogar zurück, denn durch Hegemaßnahmen wie Winterfütterung halten die Jäger die für den Abschuss attraktiven Wildbestände künstlich hoch. Während wenige Arten gepöppelt werden, wird das Raubwild viel zu stark dezimiert. Das Wild würde in jagdfreien Zonen weniger scheu werden. Die Menschen könnten wieder aus der Nähe unsere heimische Tierwelt bestaunen.“

Prof. Dr. Reichholf ist der Ansicht, dass die Natur von Natur aus veränderlich und dynamisch ist und die Bestände und die Arten je nach Klima oder Veränderung des Lebensraumes selbst regelt. „Die richtige Wilddichte könnte sich ganz von selbst einstellen, wenn die Tiere, wie z.B. das Reh, nicht durch Bejagung und Wildfütterung in den Wald hineingedrängt würden.“ (Süddeutsche Zeitung, 28.01.2009)

„Ein anhaltend hoher Jagddruck von rund einer Million abgeschossener Rehe pro Jahr hat den Bestand nicht auf gewünschte Höhe reguliert, sondern auf hohem Niveau hoch produktiv gehalten“, so der Zoologe.

Vor dem Hintergrund dieser Argumente und des Urteils aus Straßburg – wenn es umgesetzt wird – können nun die Wildtiere in unserer Natur einer friedlicheren Zukunft entgegensehen. Die Richter in Straßburg haben also ein Urteil gespro-

chen, das die Möglichkeit bietet, den Wildtier-Terror einzudämmen, der in der deutschen Natur stattfindet.

Voraussetzung dafür, dass dies Realität wird, ist natürlich, dass nun viele Grundbesitzer das Recht zum Austritt aus der Jagdgenossenschaft wahrnehmen und die Jagd auf ihrem Besitz unterbinden. Dazu ist es natürlich zunächst erforderlich, die Öffentlichkeit über das Thema Zwangsbejagung intensiv zu informieren, da viele betroffene Bürger auch heute noch, trotz des Urteils des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, sich nicht über die Zusammenhänge dieses infamen Systems im Klaren sind und durch ihre Unwissenheit an der bisherigen Regelung festhalten.

Der Austritt aus der Jagdgenossenschaft erfolgt per Antrag bei der zuständigen „Unteren Jagdbehörde“. Doch die Jagdlobby – allen voran der Deutsche Jagdschutzverband – und einige zuständige Ministerien haben als Reaktion auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ihren untergeordneten Jagdbehörden bereits „empfohlen“, Anträge auf Austritt aus der Jagdgenossenschaft abzulehnen bzw. zurückzustellen, bis die konventionsgerechte Ausgestaltung des Jagdrechts erfolgt ist. Dies soll heißen, dass nun erst einmal das Bundesjagdgesetz und die Ländergesetze dahingehend umgestaltet werden müssen, dass die Vorgabe aus Straßburg Berücksichtigung finden kann. Das wird voraussichtlich noch Jahre dauern.

Doch erste Reaktionen gibt es bereits. Das Verwaltungsgericht Aachen hat in einem fortgeführten Verfahren, das mit Blick auf das Urteil des EGMR ausgesetzt worden war, der Jagdbehörde anheimgestellt, die dortige Klägerin klaglos zu stellen, d.h. die Jagdbehörde soll die Klägerin durch einen entsprechenden Verwaltungsakt von der Jagdpflicht befreien.

Die Verwaltungsgerichte scheinen demnach gewillt zu sein, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte kompromisslos umzusetzen. Jagdlobby und Politik versuchen abzuwiegeln und das genaue Gegenteil zu erreichen.

In zwei Berufungsverfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof wurde bereits die Fortsetzung der Verfahren beantragt, weil diese mit Blick auf das ausstehende Urteil des EGMR ausgesetzt worden waren. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte damals signalisiert, dass diese Verfahren gewonnen werden, sofern der EGMR gegen die Zwangsbejagung entscheidet.

Kurzum: Damit das Straßburger Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wirklich zu einem Erfolg für unsere Wildtiere führt, ist jeder Grundstückseigentümer gefordert! Jeder Bürger mit der nötigen Empathie für Tiere ist nun aufgerufen, zunächst seine eigenen Möglichkeiten zu überprüfen und entsprechende Aufklärungstätigkeit in seinem Umfeld zu leisten.

Harald Hoos

Redaktion ZeitenWENDE

Legalisierte Tierquälerei am Beispiel Wiesenhof?

Wenn Unrecht zu Recht wird

Der Name Wiesenhof suggeriert das Bild eines Bauernhofs inmitten sattgrüner Wiesen und Tiere, die im Freien die Sonne genießen. Die Realität sieht aber anders aus. Das System Wiesenhof umfasst ca. 800 Betriebe für die Aufzucht von Elterntieren, Betriebe, die die Hühner, Enten und Puten zu Zigtausenden in Hallen bis zur sogenannten Schlachtreife aufziehen, sowie 9 Großschlachthöfe.

Ein Hühner-, Enten- oder Putenleben in diesen Betrieben dauert nur wenige Wochen, während ein artgerecht gehaltenes Huhn zehn Jahre und älter werden kann, eine Ente und eine Pute ebenfalls.

Bereits 2009 gab es einen Wiesenhof-Skandal. 2010, 2011 und auch 2012 haben sich die Zustände nicht verbessert, was PETA durch authentisches Bildermaterial dokumentierte, heimlich gedreht in verschiedenen Wiesenhof-Betrieben. Die ARD-Reportage „Das System Wiesenhof“ (August 2011) und das PETA-Video bei YouTube (2012) schockierte Millionen Deutsche.

Herr Paul-Heinz Wesjohann, Besitzer dieses PHW-Mega-Imperiums, Träger des Bundesverdienstkreuzes, behauptet ohne Schamgefühl, dass es den Hühnern in den Betrieben, die für die PHW-Gruppe arbeiten, gut gehe. „Die Hühner fühlen sich wohl“.

Kennt Wesjohann die Bilder nicht? Die Schnäbel der Küken werden mit einem heißen Messer, einer Art Lötkolben, weggebrannt, damit sie sich aufgrund des ungeheuren Stresses, den sie erleiden, nicht gegenseitig verletzen. Zigtausende Hühner stehen auf ihrem Kot und Urin; tote, bereits verwesende Tiere, die ihre Lebensbedingungen nicht ertragen konnten, liegen zwischen den lebenden. Enten, die auf dem Rücken liegen und nicht mehr hochkommen, weil ihr Skelettsystem ihr

Gewicht nicht tragen kann, Puten, die sich das Brustfleisch wundliegen; auch sie können ihre großen Körper oft nicht auf den Beinen halten.

Doch der richtige Horror kommt erst am Tag des Abtransportes in die Mega-Schlachthallen. Brigaden von mitleidslosen Billiglöhnern fangen die Tiere ein und stopfen sie brutal in Kisten. Knochen brechen. Tiere werden mutwillig getreten, am Hals gepackt und durch die Halle geschleudert. Kisten fallen vom Förderband und werden auf LKWs geworfen. Solche Bilder kennen wir von den Hundemärkten in China, aber das findet auch in Deutschland statt. Jeden Tag – geduldet vom deutschen Gesetzgeber! Die verantwortlichen Politiker/innen sehen Tiere nur noch als bloße Produktionseinheiten an.

Die Geflügelindustrie: organisierte Kriminalität mitten in Deutschland

Dr. Edmund Haferbeck (PETA): „Diese Branche hat den Landes- und Bundesgesetzgeber, Bundes- und Landtagsabgeordnete, teilweise Ausschüsse, Kontrollbehörden und die Justiz fest in der Hand. Gegen diese organisierte Kriminalität kommt man nur mit gesellschaftlicher Ächtung, einem sofortigen Verbot der konventionellen Geflügelhaltung, Ge-

werbeuntersagungen und Razzien an.“

Tierquälerei ist nicht nur ein Systemproblem der Massentierhaltung, sondern auch der konventionellen „Fleischproduktion“. Bei allen Erzeugern lautet die Devise: Gewinnmaximierung - und die ist zwangsläufig nur auf Kosten des wichtigsten „Produktionsmittels“ möglich: der wehrlosen Tiere.

Die Tierschützer mussten, wie so oft, erleben, wie das Tierschutzgesetz missachtet wird, denn zuerst hatte die Staatsanwaltschaft auf eine Anklage wegen Tierquälerei in einer Farm des Konzerns verzichtet und Wiesenhof und PETA hatten sich in einem gerichtlichen Vergleich darauf geeinigt, dass PETA nicht mehr behaupten darf: „Hinter der Wiesenhof-Kulisse herrschen extrem tierquälerische Zustände, die keine Ausnahme, sondern die Regel sind.“ Juristisch schien Deutschlands größter Geflügelfleischlieferant damit einen Sieg errungen zu haben. Jetzt soll aber weiter ermittelt werden, weil angesichts des Ausmaßes der Tierquälerei das Verwertungsverbot von heimlich gedrehten Videoaufnahmen nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Recht vor Unrecht, Moral vor Profit? Man darf gespannt sein, wie diese Ermittlungen ausgehen...

Barbara Nauheimer
Redaktion ZeitenWENDE



Fotos: www.peta.de (2x) / www.soylent-network.com

Elfenbeinhandel blüht trotz strenger Gesetze

Die Gier nach dem „weißen Gold“

Jährlich werden etwa 38 000 Elefanten abgeschossen; die grauen Riesen in den Savannen Afrikas werden Opfer der menschlichen Gier nach krisensicheren Werten.

In China ist es Tradition, einen Teil seines Vermögens in Gold, Edelsteinen und Elfenbein anzulegen. Vielleicht liegt es daran, dass man sich im Reich der Mitte nicht mehr sicher ist, was aus der heute noch steinharten Landeswährung Renminbi eines Tages wird, denn China verschuldet sich mehr und mehr, und die Euro-Krise verunsichert die Anleger im Fernen Osten zusätzlich. Sachwerte haben Hochkonjunktur, kein Wunder, dass sich der größte Schwarzmarkt für Elfenbein in China befindet.

Obwohl der Elfenbeinhandel seit 1989 fast vollkommen verboten ist, fallen immer mehr Elefanten skrupellosen Wilderern und Geschäftemachern zum Opfer. Dadurch hat die Elefantenpopulation in den vergangenen Jahrzehnten erheblich abgenommen. 1979 gab es weltweit noch 1,3 Millionen, heute nur noch etwa 500 000 dieser majestätischen Tiere.

Das Washingtoner Artenschutzübereinkommen (engl. CITES = Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora = *Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen*) ist für die Regulierung des Handels mit bedrohten Tieren und Pflanzen zwischen 175 Mitgliedsstaaten verantwortlich. Im Jahre 1975 wurden asiatische Elefanten in Anhang I des Abkommens aufgenommen und der Handel mit asiatischem Elfenbein verboten, da ihre Anzahl auf unter 100 000 gesunken war. Afrikanische Elefanten wurden 1977 zunächst in Anhang II aufgenommen, wodurch der Handel mit Elfenbein aus Afrika nur

in einem kontrollierten Umfang und mit einer Ausfuhrgenehmigung des Ursprungslandes stattfinden konnte. Da die Handelskontrollen versagten, wurden in den folgenden Jahren hunderttausende Elefanten gewildert. Mit der Heraufstufung in Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens und dem Verbot des internationalen Handels im Jahre 1989 sanken die Preise für Elfenbein



so stark, dass die Wilderei und der illegale Handel erheblich zurückgingen.

Im Jahr 1997 erwirkten Simbabwe, Botswana und Namibia (Südafrika 2002) die Herabstufung in Anhang II mit der Auflage, dass das Elfenbein aus Lagerbeständen stammen musste. Der Handel mit dem „weißen Gold“ boomte und 2008 wurden insgesamt 108 Tonnen Elfenbein nach Japan und China geliefert. Die Erwartung, durch den legalen Handel die Nachfrage ausreichend zu decken, wurde jedoch nicht erfüllt. Obwohl ein Teil der erzielten Erlöse aus dem Elfenbein-Export für den Schutz der Elefanten eingesetzt wurde, sahen sich die zuständigen Behörden außer Stande, der Wilderei Einhalt zu gebieten.

In China ist ein Kilogramm des „weißen Goldes“ ca. 6 500 US-Dollar wert (die afrikanischen Staaten erhalten etwa 127 US-Dollar pro Kilogramm.). Der legale Verkauf des begehrten Investitionsobjektes darf nur in Geschäften mit spezieller Lizenz stattfinden. In einer verdeckten Untersuchung wurde jedoch festgestellt, dass von 158 aufgesuchten Geschäften 101 über keine Lizenz verfügten. Mehr als die Hälfte der 57 lizenzierten Geschäfte verkauften zusätzlich illegales Elfenbein.

Der legale Handel von Elfenbein fördert den illegalen Handel und sorgt für eine weiter sinkende Population der grauen Riesen. Bisher scheiterten immerhin weitere afrikanische Länder mit ihren Anträgen, ebenfalls mit Elfenbein handeln zu dürfen. Dies schränkt jedoch die Wilderei in diesen Ländern nur bedingt ein, denn der Elfenbeinschmuggel ist ein lukratives Geschäft.

Nur eine erneute Heraufstufung in Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens und ein internationales Handelsverbot mit strikten Kontrollen könnte die Elefanten vielleicht vor dem Aussterben schützen. Aber auch die strengsten Gesetze werden die grauen Riesen langfristig nicht retten können, wenn die Menschen kein Unrechtsbewusstsein besitzen. Ohne dieses Bewusstsein werden die Rüsseltiere Opfer ihrer eigenen Zähne.

Dass die meisten Menschen zwischen Recht und Unrecht nicht unterscheiden, kann man hinnehmen oder dagegen ankämpfen. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz hat sich für Letzteres entschieden...

Manuela Röper

Redaktion ZeitenWENDE

Hermesbürgschaften für Legehennen-Batterien in der Ukraine

Da lachen die Hühner nicht mehr

Wie das deutsche Wirtschaftsministerium auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen erklärt hat, lassen Exportkreditgarantien in Höhe von 26 Millionen Euro für zwei geplante Legehennen-Batterien in der Ukraine die Kassen der beteiligten „Hühnerbarone“ in Zukunft wohl bald klingeln.

Die Bundesregierung scheint es nicht zu interessieren, dass die etwa 8 Millionen, die in konventioneller Käfighaltung als billige Produktionseinheiten ihren „Dienst“ leisten sollen, unter den tierquälerischen Verhältnissen fürchterlich zu leiden haben. Die politisch Verantwortlichen rechtfertigen sich damit, dass ihnen Informationen vorlägen, wonach die in der Ukraine produzierten Eier nicht in die EU exportiert würden, sondern hauptsächlich in den Nahen Osten, die „ehemaligen GUS-Staaten“ und nach Asien. Für die betroffenen Tiere spielt es natürlich keine Rolle, wo sie ihre Eier legen und ob die „Qualeier“ in die EU, in den Nahen Osten, in die „ehemaligen GUS-Staaten“ oder nach Asien exportiert werden.

Wie der grüne Sprecher für Agrarpolitik, Friedrich Ostendorff, erklärt, ist dieser ungeheuerliche Vorgang ein Beispiel für die perfekte schwarz-gelbe Arbeitsteilung: Frau Aigner macht die netten Tierschutzversprechen für die Öffentlichkeit, Herr Rösler macht die schmutzigen Geschäfte mit dem Tierleid. Wie schmutzig dieses Geschäft ist, zeigt die Tatsache, dass die beteiligten Unternehmen nicht genannt werden, um ihren Ruf hierzulande nicht zu gefährden. Zynischerweise führt Ministerin Aigner weiter aus, dass sich die deutschen Tierschutzversprechen ja „nicht auf die Ukraine“ bezögen. Aber laut offizieller Aussage des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz „hat sich die

Bundesregierung mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass das seit dem 01.01.2012 geltende Verbot der konventionellen Käfighaltung in allen EU-Mitgliedsstaaten strikt umgesetzt wird“.

Wie gut, dass die Ukraine – sie zählt zu den potentiellen zukünftigen Beitrittsländern - bis jetzt noch nicht zur EU gehört und die Agrarbeschlüsse dort somit keine Geltung haben. Dadurch können die ohnehin sehr niedrigen Tierschutzstandards der Europäischen Union in der Ukraine vorerst „ad acta“ gelegt werden.

Es klingt wie Hohn, wenn die Bundesregierung behauptet, „dass es beim Tierschutz keine Rolle rückwärts geben darf und dass Verstöße streng geahndet werden sollten“. Im Grunde genommen hat sich unsere Regierung mit der Vergabe dieser Exportkreditgarantien wieder einmal geoutet und zugegeben, dass ihr der Tierschutz völlig egal ist, dass nur der Profit, der mit den billig produzierten Eiern erwirtschaftet wird, von Interesse ist.

Dieser Fall zeigt auch, wie die Bürger/innen Deutschlands nach Strich und Faden für dumm verkauft werden. Die Regierenden sprechen sich zwar gegen die tierquälerische Käfighaltung in unserem Lande aus, unterstützen diese aber im benachbarten Ausland. Sie reden von einer Reduzierung der klimaschädlichen Treibhausgase, trauen sich aber nicht, das Wort „Fleischverzicht“ in den Mund zu nehmen, obwohl wissenschaftlich erwiesen ist, dass die Massentierhaltung schäd-

licher für das Klima ist als der gesamte weltweite Verkehr zusammengenommen. Sie propagieren jahrelang das angeblich so umweltbewusste System Bio-Sprit, nur damit die deutsche Autoindustrie noch ein paar Jahre länger ihre „dicken Schlitten“ verkaufen kann. Und, und, und... Wie die Legehennen-Fabriken in der Ukraine aussehen werden, kann man sich unschwer vorstellen, wenn man sich daran erinnert, wie die ukrainische Regierung im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft 2012 mit den Straßenhunden umgegangen ist. Tierschutz und erst recht Tierrechte sind in der Ukraine bislang ein Fremdwort und auch im Umgang mit Menschenrechten tut sich dieses osteuropäische Land – um es wohlwollend auszudrücken – sehr schwer. Laut Aussagen von Amnesty International vom Mai 2012 „sind systematische Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine weit verbreitet. Folter und andere Misshandlungen in Gefängnissen und in Polizeigewahrsam sind an der Tagesordnung, ethnische Minderheiten und Flüchtlinge sowie Asylsuchende werden häufig diskriminiert“.

Fazit: Den gesunden Menschenverstand gibt es bei den etablierten Politikern wohl schon lange nicht mehr; vielleicht ist dies auf den Konsum von zu viel tierischem Eiweiß zurückzuführen!

Horst Wester

Redaktion ZeitenWENDE

Über den gesunden Menschenverstand, Gerechtigkeit, Recht und Gesetz

Dummheit auf höchster Ebene

Friedrich Schiller hat es gewusst („Gegen die Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.“) und Albert Einstein auch („Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“).

Die größte Bedrohung der Menschheit ist die Volksseuche Dummheit, die inflationär grassierende Massen-Ignoranz, und wer es nicht glaubt, ist wahrscheinlich selbst schon infiziert.

Unsere Volksvertreter/innen in Amt und Würden genießen zwar politische Immunität, aber gegen die Dummheit sind auch sie nicht immun – im Gegenteil – sie sind geradezu prädestiniert, ihr zum Opfer zu fallen. Friedrich Nietzsche behauptet zwar, dass bei Einzelnen der Irrsinn etwas Seltenes sei, bei Gruppen, Parteien und Völkern aber die Regel, doch leider hat sich der Philosoph geirrt, der im Alter von 56 Jahren – nach fast 11-jähriger geistiger Umnachtung – verstarb. Errare humanum est – Irren ist menschlich. Die Dummheit der Herrschenden resultiert stets aus der herrschenden Dummheit.

Am eindrucksvollsten lässt sich die Verdummung an einigen Beispielen der aktuellen politischen Highlights und der des vergangenen Jahrzehnts dokumentieren und der Reaktion aus dem Volk.

Die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, der nicht umsonst als „Genosse der Bosse“ tituliert wurde, senkte den Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf 42 Prozent. Auch für Schröder selbst, der zwar nur ein bescheidener „Großverdiener“ war – als Bundeskanzler verdiente er 240 000 Euro im Jahr, seitdem er Pensionär ist, kommt er laut „Manager-Magazin“ dank Vortragsreisen und Vorstandspöstchen bei Nord Stream (Vladimir Vladimirovich Putin sei Dank!) auf rund 1,5 Millionen Euro – hatte sich der Steuer-Deal gelohnt. Richtig gefreut über die Steuerabsenkung hatte sich Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, der 2002 rund 6,9 Millionen Euro, im Jahr darauf 11.1 Millionen, im Jahr 2004 10.1 Millionen usw. bis 2011 verdiente. Aber

de nicht nur mit Steuervergünstigungen bedacht, nein, Bundeskanzler Schröder beschenkte ihn auch noch mit dem vierten Finanzmarktförderungsgesetz, einem Deregulierungsprogramm, das unter anderem Hedge-Fonds begünstigt, den Handel mit Derivaten im Immobiliengeschäft erlaubt

und ähnliche Spitzfindigkeiten, um die Reichen noch ein wenig reicher zu machen. Und was haben die entfesselten Banker dann „gehedgt“, gezoxt und verbockt: Von der Prime-Rate-Krise über die Pleite von Lehmann-Brothers bis hin zur Euro-Krise. Es hat nicht nur die großen (gibt es die überhaupt) und die kleinen Sparer getroffen, dank der Sozialisierung der Schulden der Zocker-Banken zahlen die deutschen Steuerzahler (und deren Kinder und Kindeskinde) die Zeche.

Die Reaktion des Volkes: Es blieb ruhig, man machte wie immer Urlaub auf Mallorca, glotzte in die Röhre (Deutschland sucht den Superstar, Lindenstraße, Wetten dass...? und ähnliche Bildungssendungen auf gleich hohem Niveau) und labte sich am billiger werden-

den Billig-Fleisch.

Nebenbei bemerkt: Haben Sie bereits vergessen, dass am 25. Januar 2007 der Gutmensch und Busenfreund von Schröder, Peter Hartz, der die gleichnamigen Gesetze „erfunden“ hat, wegen Untreue und Begünstigung in der VW-Schmiergeld-Affäre zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, die natürlich zur Bewährung ausgesetzt wurde, sowie zu eine Geldstrafe von läppischen 576 000 Euro verurteilt



irgendwo musste die Kohle ja eingespart werden. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass unter Schröder auch die Hartz-IV-Gesetze eingeführt wurden; sie traten schrittweise zwischen 2003 und 2005 in Kraft und trieben Hunderttausende arbeitslose Bundesbürger/innen an den Rand des Existenzminimums.

Kommen wir nochmals auf Josef Ackermann zu sprechen, der sich – wie gesagt – besonders freuen durfte. Denn er wur-



wurde? Ja, schon vergessen, dann haben Sie wahrscheinlich zu oft ferngesehen.

Weil die Rentenkasse kurz vor dem Kollaps stand (erinnern Sie sich noch an die „Rente-ist-sicher-Garantie-Lüge von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, CDU), pakteten die politisch Verantwortlichen das Gesetz zur Anhebung des Rentenalters durch Bundestag und Bundesrat; es ist mit dem 01.01.2012 in Kraft getreten. Millionen Rentnerinnen und Rentner werden quasi um 2 Jahre betrogen, aber das ist nebensächlich. Die Altersgrenze steigt für die Jahrgänge 1947 bis 1964 in Trippelschritten auf 67 Jahre. 1949 Geborene können beispielsweise mit 65 Jahren und drei Monaten ohne Abzüge in Rente gehen. Der Jahrgang 1960 darf das erst mit 66 Jahren und vier Monaten tun. Wer 1964 oder später geboren ist, erst mit vollen 67 Jahren. Wir dürfen länger „malochen“, dürfen das Brutto-Sozialprodukt steigern, um die Kredite für Griechenland und andere südliche Schuldenländer zu zahlen. Der Arbeitsmarkt giert schon regelrecht nach erfahrenen Alten, lockt mit Langzeitverträgen oder zumindest mit gutbezahlten Mini-Jobs (4,75 Euro und weniger) mit tadellosen Leiharbeitsverträgen und Selbstfindungskursen für den desorientierten LKW-Fahrer über 65. Da kommt doch Freude auf, oder etwa nicht?

Apropos Schuldenländer: Wussten Sie eigentlich, dass den Krediten von insgesamt 1 596 Milliarden Euro, die Deutschland zwischen 1970 und 2009 aufnehmen musste, um nicht pleite zu gehen, im gleichen Zeitraum Zinszahlungen in Höhe von 1 562 Milliarden Euro gegenüberstanden? Von der Kreditsumme wurden also

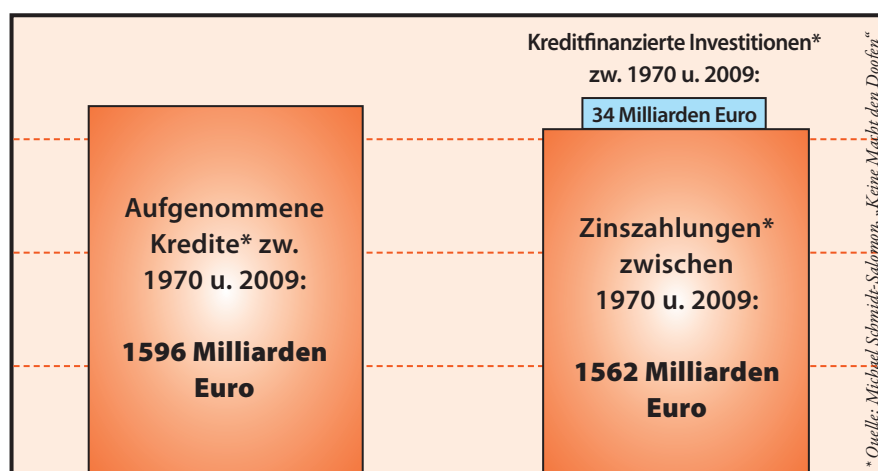
lediglich 34 Milliarden Euro in den Staat investiert – und wahrscheinlich nicht in Bildungsprojekte für rechenchwache Politiker/innen, denn andernfalls wäre diese seltsame Geschichte ja irgendjemand doch aufgefallen.

Die Reaktion des Volkes: Es blieb ruhig, man machte wie immer Urlaub auf Mallorca, glotzte weiterhin in die Röhre, labte sich wie bisher am Billig-Fleisch oder an billiger gewordenen Spezialitäten aus Griechenland, die seit der Krise in regelmäßigen Abständen bei den Discountern im Sonderangebot sind.

Zugegeben, für Politiker/innen sind die Zeiten nicht immer rosig, insbesondere dann nicht, wenn die Wirtschaftsbosse ihnen vorjammern, dass ihre Konzerne straucheln. Dann müssen neue Gesetze im Eilverfahren her, was eigentlich nicht

der Bürger aufsitzen. Die Abwrackprämie wurde das bisher teuerste Wahlgeschenk in der deutschen Geschichte und Merkel wurde gewählt. Hurra, Deutschland, wir sind doch die größte Autonation der Welt.

Gleichzeitig arbeitete die Regierung unter Hochdruck am „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, das im Dezember 2009 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Es war das dritte Konjunkturpaket, das Schwarz-Gelb innerhalb eines Jahres gegen die 2007 einsetzende Krise auflegte: Erben von Unternehmen müssen weniger Steuer zahlen, für Hotelbetreiber fallen auf das Entgelt für kurzfristige Übernachtungen statt 19 Prozent nur noch 7 Prozent Umsatzsteuer an, „krisenverschärfende Elemente“ der Unternehmenssteuerreform werden abgemildert, so dass Unternehmen wieder die Möglichkeit haben, ihre Verlus-



Mit den Krediten wurde kein einziger Euro Schulden getilgt!*

Sache der Politiker/innen ist, denn alles will gut überlegt und vor allem ausgesessen sein. (Der Dicke hat's ja vorgemacht!)

Eines jener Eilgesetze war die „Abwrackprämie“ – die offiziell und schöneredet „Öko-Prämie“ genannt wurde (in weiser Voraussicht, dass niemand genau sagen konnte, ob es nun der Ökologie oder der Ökonomie dienen soll). 2500 Euro für den Schrotthaufen beim Kauf einer neuen Karosse! wollten Merkel und Co. 1,5 Milliarden lockermachen, weil aber jeder „abwracken“ wollte, wurde schnell auf insgesamt 5 Milliarden aufgestockt und die Frist bis zum 27. September 2009 verlängert – an diesem Tag war Bundestagswahl, damit das Geschenk auch in der Wahlkabine noch gut in Erinnerung ist. Man wollte also sichergehen und nicht der nachgewiesenen Erinnerungsunfähigkeit

te in größerem Umfang steuermindernd geltend zu machen, die Möglichkeit der Sofortabschreibung von Wirtschaftsgütern bis zu einem Betrag von 410 Euro wird eingeführt und ähnliche profitsteigernde Regelungen, gemäß der Maxime „Wenn die Reichen reicher werden, müssen nicht unbedingt die Armen ärmer werden, und wenn doch, kommt die Hartz-IV



Staatsverschuldung der Bundesrepublik Deutschland: ca. 2.109.000.000.000,- Euro

Und da glauben Sie, dass Ihr Geld noch sicher ist? Schreiben Sie uns, über Ihre Meinung würden wir uns freuen!

Aufstockung.“ Und sie kam – am 03. Dezember 2010 beschloss der Deutsche Bundestag nach einer heftigen Debatte (für das Gesetz votierten in namentlicher Abstimmung 302 Abgeordnete, es gab 255 Nein-Stimmen) das Gesetzespaket zur Neuregelung der Hartz-IV-Sätze! Die „Hartzer“ erhielten volle fünf Euro mehr!

Die Reaktion des Volkes: Es blieb wie üblich ruhig, machte wie immer Urlaub auf Mallorca, glotzte in die Röhre und

labte sich am billiger werdenden Billig-Fleisch.

Das Schlimmste an dieser Tragikomödie ist, dass die Regierenden tatsächlich glauben, dass alle Bürgerinnen und Bürger so dumm und verblödet sind, den Irrsinn ihrer Politik nicht zu erkennen.

Fazit: Wenn man sich in den Niederungen der hohen Politik geistig bewegen kann – also halbwegs den Durchblick hat,

verliert man sehr schnell das Vertrauen in unsere Volksvertreter/innen, deren Aufgabe es als Legislative letztendlich sein sollte, für Gerechtigkeit in unserem Land mittels der entsprechenden Gesetze zu sorgen. Die Folge dieses Vertrauensverlustes ist für die „Durchblicker“ katastrophal: eine abgrundtiefe Verachtung gegenüber jenen, die für die politische Schmierkomödie, die wir erdulden müssen, verantwortlich sind. Die beschriebenen Eskapaden konnten nur stattfinden, weil sie zuvor durch Gesetze legitimiert wurden. Das „Stimmvieh“ glaubt, dass Gesetze und Recht etwas mit Gerechtigkeit zu tun hätten und logisch nachvollziehbar seien. Weit gefehlt...

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZeitenWENDE



Deutsches Wahlrecht

Blamabel: Richterliche Ohrfeige für Schwarz-Gelb

Das Bundesverfassungsgericht musste wieder einmal eine Fehlentscheidung der Koalitionsregierung korrigieren. Aber man hat sich ja daran gewöhnt – man denke nur an die Hartz-IV-Gesetze, an die Asylanten-Versorgung oder die Pendler-Pauschale.

Nun also die unrühmlichen Pannen rund um das deutsche Wahlrecht. Bereits 2008 wurde es für verfassungswidrig erklärt, da es u. a. unbeschränkt sogenannte Überhangmandate zulässt – Zusatzmandate, die entstehen, wenn eine Partei mehr Sitze im Parlament über Direktmandate gewinnt, als es ihrem Anteil an Zweitstimmen entspricht. Dieser Verstoß gegen Verfassungsgrundsätze wurde von Schwarz-Gelb geradezu begrüßt, gingen doch bei der Wahl 2009 alle 24 Überhangmandate an die Union – ein erheblicher Vorteil beim Regieren. Und da dies so angenehm war, schob man Änderungen auf die lange Bank. „Missbrauch des Wahlrechts als Machtrecht“, so nannte es die Opposition.

Das BVG räumte großzügig drei Jahre bis zu einer Wahlrechtsneufassung ein. Mangels Einigung mit der Opposition zimmerte die Koalition „auf den letzten Drücker“ im Jahr 2011 im Alleingang ein neues Wahlrecht zusammen, aber auch dies entsprach nicht entfernt den Vorgaben des BVG, war vielmehr unübersehbar auf die Interessen von CDU/CSU zugeschnitten. Verständlich die Empörung, die ein solch dreistes Vorgehen bei den übrigen Parteien auslöste. 214 Abgeordnete reichten einen Antrag auf Normenkontrollklage ein, der Zorn von 3063 Beschwerdeführern entlud sich in einer Verfassungsbeschwerde, Bündnis90/Die Grünen strengten ein Organstreitverfahren an.

Den Verfassungsrichtern platzte nun endgültig der Kragen ihrer roten Robe und sie erklärten entnervt den Entwurf als nicht verfassungsgemäß. Wohl aus Einsicht in die Unfähigkeit der Akteure legten sie vorerst selbst die Höchstgrenze für Überhangmandate auf 15 fest.

Eine zweite Wahlrechtsklausel, bei der

der gesunde Menschenverstand offenbar total auf der Strecke blieb – das sogenannte negative Stimmengewicht – kann hier nur erwähnt werden. Auch dieser Punkt muss nachgearbeitet werden.

Nun drängt aber die Zeit, denn die Bundestagswahl rückt immer näher! Das BVG kündigt schon einmal an, dass es bei einem weiteren Fehlentwurf selbst eine Übergangsregelung anordnen werde. Das alles ist nur noch peinlich und ein erneutes Beispiel für schwarz-gelbes Versagen. Die „richterliche Ohrfeige“ war ohne Zweifel mehr als verdient!

Margret Giese
Redaktion ZeitenWENDE



Eine satirische Betrachtung: zwischen Recht, Religion und der hohen Politik

Ein Störfall der besonderen Art

Durch das Urteil des Landgerichts Köln ist die Beschneidung von Jungen aus rein religiösen Gründen nun eine strafbare Körperverletzung.

Daran ändert auch die Einwilligung der Eltern nichts, da die Zustimmung nicht dem Wohl des Kindes entspricht. Dessen Körper wird durch die Beschneidung dauerhaft und irreparabel verändert, so die Richter.

Die Meinungen sind geteilt. Das Ende Juni 2012 verkündete Beschneidungsurteil ist eine Kriegserklärung an unsere muslimischen und jüdischen Mitbürger/innen; ein Akt der Gewalt – noch dazu auf deutschem Boden – gegenüber Israel und der arabischen Welt. So oder ähnlich denken viele Deutsche, darunter zum Beispiel seine Eminenz Kardinal Joachim Meisner. Er schlug sich ungewöhnlich schnell auf die Seite der Andersgläubigen und bezeichnete das Gerichtsurteil als „Eingriff in die Religionsfreiheit“. Ein russischer Rabbi spricht sogar vom „Angriff auf jüdisches Leben seit dem Holocaust“ und die Türken von der größten Hetze nach Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“.

Außenminister Westerwelle lässt verlauten, dass man als weltoffener Staat religiöse Traditionen schützen müsse und vergisst dabei, dass man in vielen modernen arabischen Staaten Homosexuelle noch zu Tode steinigt – eine islamische Strafe gemäß der Scharia (islamisches Gesetz), die aber auch in der Bibel (3. Buch Mose, Leviticus) für den Homo-Sex vorgesehen ist.

„Das Beschneidungsverbot entzweit Deutsche“, schreibt der Spiegel! Laut einer Umfrage stehen 45 Prozent der Bevölkerung hinter dem Urteil, 42 Prozent sind dagegen. Müssen wir nun befürchten, dass sich unser Land wegen diesem kleinen Anhängsel (Präputium) unserer männlichen muslimischen und jüdischen Mitbürger geistig spaltet? Oder müssen wir gar mit dem Exodus unserer jüdischen

Mitbürger/innen (Bevölkerungsanteil 0,24 %) rechnen, mit einem Deutschland ohne jüdischen Esprit, ohne Marcel Reich-Ranicki und Michel Friedman? Oder wandern die geschäftstüchtigen Türken (Bevölkerungsanteil 4,88 %) ab? Vielleicht gingen auch die Iraker, Iraner, Marokkaner, Afghanen, Libanesen, Syrer, Ägypter und Pakistaner. Wo kämen wir hin – Deutschland wäre „entislamisiert“,



eine Vorstellung, mit der sich weder unser Ex-Bundespräsident Christian Wulff („Der Islam gehört zu Deutschland.“) noch all die Kunden der Döner-Imbiss-Buden anfreunden könnten, denn bekanntlich ist nichts schöner als Döner!

Aber soweit wird es nicht kommen! Das Ideal der Religionsfreiheit führt zu einer Verbrüderung der Religionen, zu einer abrahamitischen Ökumene, um geschlossen dem Störfall der besonderen Art entgegenzutreten. Diejenigen, die sich normalerweise nicht so ganz grün sind, ziehen am gleichen Strang: der Zentralrat der Juden, der Zentralrat der Muslime, die Deutsche Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche lehnen ein Beschneidungsverbot kategorisch ab. So ein Frevel kann ja nicht hingenommen werden, denn wo soll das noch enden. Wenn das Kölner Urteil Schule macht, ist bald vielleicht das Heilige Sakrament der Taufe in Gefahr, bei dem die Kleinen meistens auch schreien und vorher nicht gefragt wurden, ob sie einverstanden sind. Im Erwachsenenalter haben sie dann die Kirchensteuer am Hals und die Behördenlauferei, um aus Mutter Kirche auszutreten.

Die Bundesregierung, der dieser Störfall höchst peinlich ist, will – nachdem bei der Kanzlerin und Justizministerin zu Hauf Protestnoten eingingen – schnell Rechtssicherheit schaffen, zumal sich auch immer mehr politische Vordenker im Bundestag zu Wort melden. Natürlich gegen das Urteil, denn nächstes Jahr wird gewählt! Und wer verscherzt es sich schon gerne mit den Tausenden beschneittenen Wählern? SPD-Chef Sigmar Gabriel und die frühere Justizministerin Brigitte Zypries fordern unisono, dass rituelle Beschneidungen „in Deutschland nicht strafbar sein“ dürfen. Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) legt flugs einen Entwurf für ein „Beschneidungsgesetz“ vor: Das blutige Ritual wird als nicht strafbare Körperverletzung deklariert, um es in unserem Land für immer und ewig zu legalisieren. Die Prozedur ist zwar schmerzhaft, spätestens wenn die lokale Anästhesie nachlässt, aber im Vergleich mit Koliken – und die hat fast jedes Baby durchzumachen – ist sie zumutbar, wird sich die Ministerin wohl denken.

Das Urteil ist außerdem hochbrisant, weil es dem Judentum und dem Islam nichts weniger als eine Säkularisierung abverlangt. Ist das nicht eine Einmischung in die Politik all jener Länder, in denen beschnitten wird, und eine anti-semitische und anti-islamische Forderung, die sich auf die deutschen Exporte nach Israel und in die arabische Welt negativ auswirken könnte? Dementsprechend lautet die politische Parole: Islam gehört zu Deutschland, das Judentum sowieso... und die guten (Handels-)Beziehungen mit der arabischen Welt und Israel dürfen nicht gefährdet werden. Der nächste Rüstungsauftrag aus Saudi-Arabien soll nicht am Beschneidungsurteil scheitern! Es ist also klar, dass bei den politisch Verantwortlichen die Alarmglocken geläutet



haben. Und ein Vorschreiten der Säkularisierung Deutschlands, was ein Hinterfragen des Beschneidungsrituals auslösen könnte, ist auch nicht gewünscht; man kommt schon jetzt in Erklärungsnot, warum der deutsche Fiskus im Dienste der Amtskirchen steht und deren Steuern eintreibt.

Doch einigen Abgeordneten im Bundestag ist nach wie vor die Beschneidung nicht ganz geheuer, denn sie widerspricht dem deutschen Grundgesetz (Artikel 2, Abs. 2 GG): „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.“

Im letzten Satz war auch schon der politische Lösungsweg vorgezeichnet: das „Beschneidungsgesetz“, das Vorrang vor dem auf körperliche Unversehrtheit des Menschen hat. Die Begründung der

Kölner Richter ist zwar rational, verträgt sich aber nicht mit Religion und erst recht nicht mit der hohen Politik.

Was dieses archaische Ritual betrifft, behalten die meisten Bundesbürger/innen die Ruhe, die in unserem Staate ohnehin oberste Bürgerpflicht und Bürgertugend zu sein scheint. Sie nehmen das Beschneidungsurteil und das geplante Gesetz gelassen auf oder haben das Ganze überhaupt nicht mitbekommen. Außerdem besteht auch keine Gefahr, so wird man sich das Gewissen beruhigen, dass wir bald andere religiöse Rituale wie beispielsweise die Klitorisbeschneidung in Deutschland zulassen müssen, denn das Gesetz bewertet Gleiches nicht immer gleich.

Fazit: Typisch deutsch, viel Geschrei um ein Thema, das angesichts der existentiellen Probleme (Welthunger, Klimawandel, Umweltzerstörung usw.) hochgespielt wurde. Die „Insider“ wissen sowieso, dass die Entfernung des kleinen Anhängsels für mehr Hygiene sorgt und laut einer klinischen Studie bei Hetero-Sex das Risiko von Aids vermindert. Nicht beschnittene Männer infizieren sich acht Mal häufiger als Beschnittene. Darüber hinaus, so wird gemunkelt, können beschnittene Männer länger...

Für überzeugte Menschen- und Tierrechtler/innen ist die Sache natürlich glasklar: Jedes Lebewesen hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit; an keinem – egal ob Mensch oder Tier – sollte ohne zwingenden Grund ein chirurgischer Eingriff oder eine Amputation vorgenommen werden. Die verbrieft Religionsfreiheit darf nicht dazu führen, dass einem Lebewesen Leid und Schmerz zugefügt werden. Dass wir von diesem Ideal noch Lichtjahre entfernt sind, zeigt die aktuelle Diskussion um das Beschneidungsurteil, aber auch die gesetzliche Ausnahmeregelung für das rituelle Schächten von Tieren, die Praxis der betäubungslosen Ferkelkastration, des Schnabelkürzens bei Küken oder des Schenkelbrands bei Pferden. Aber bei den letztgenannten Beispielen handelt es sich ja nur um Tiere – und da liegt die Messlatte bedauerlicherweise eben viel tiefer und der gesunde Menschenverstand sowie das Mitgefühl bleiben außen vor.

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZeitenWENDE

Fehlentscheidung Bio-Sprit: Ein Gesetz und seine Folgen

Denken ist Glückssache

Wenn man naiv genug ist, könnte man meinen, dass die Entwicklung eine gute Richtung nimmt. Denn wenn selbst Dirk Niebel (FDP-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und Patrick Döring (FDP-Generalsekretär) eine Aussetzung der gesetzlich verordneten Beimischungsquote von Bio-Sprit einfordern, dann tut sich doch etwas!

Taktisch gesehen ist es durchaus clever, einen Weg zu propagieren, der einerseits der deutschen Wirtschaft kaum weh tut, andererseits aber auch den politischen Gegnern und den Umweltschutzorganisationen den Wind aus den Segeln nimmt. Aber solche Aussagen machen natürlich nur Sinn, wenn sie konsequent weitergedacht und weiterverfolgt werden. Und können wir das bei der FDP ernsthaft glauben?

Biokraftstoffe sind schlecht für das Klima! Das von Pflanzen aus der Atmosphäre aufgenommene Kohlendioxid wird beim Verbrennen des Kraftstoffs wieder vollständig freigesetzt. Außerdem müssen riesige Landstriche gerodet werden, wobei ebenfalls klimaschädliche Gase ausgestoßen werden. Hinzu kommt der Verbrauch von Kraftstoffen für den Betrieb von Landmaschinen, der Herstellung von Düngemitteln und vieles mehr. Die Düngemittel setzen dann noch Stickoxide frei, die wahre „Klima-Killer“ sind. Da auch die Regenwälder das Weltklima regulieren, wird durch ihre massive Rodung die Erwärmung des Planeten nochmals zusätzlich zunehmen.

Unser gesamtes, weltweites biologisches System könnte – einschließlich des Klimas – schlagartig zusammenbrechen, wenn der erdumfassende Kahlschlag einen bestimmten Punkt überschreitet. Der zunehmende Anbau von Nahrungspflanzen für die Ethanol- bzw. Agrardiesel-Herstellung verstärkt aber auch das globale Hungerproblem. Nachdem bereits knapp über 50 Prozent des Weizenanbaus

als Futtermittel verwendet werden, kann man sich unschwer vorstellen, dass die Verschwendung von Nahrungspflanzen für Bio-Sprit die Hungerspirale vorantreibt.

Beispiel Weizen: Da nur eine industrielle Produktion wirtschaftlich effektiv ist, werden die Kleinbauern, gerade in den Entwicklungsländern, immer stärkeren Repressalien ausgesetzt, eine neue Form der Kolonialisierung. Wenn sie Glück haben, dürfen sie zu Dumping-Löhnen noch für ihre Unterdrücker arbeiten. Dann

schon für die Biodiesel-Produktion existiert haben, aber woanders auf der Welt werden dafür mit Sicherheit weitere Regenwälder gerodet oder Sümpfe trockengelegt.

Energie-Erzeugung aus Pflanzen ist ausgesprochen ineffizient. Dass auf 10 Prozent der deutschen Ackerflächen gerade einmal 1 Prozent der benötigten Energiemenge „angebaut“ werden kann, spricht eine klare Sprache. Ein modernes Solarpanel wandelt beispielsweise knapp

20 Prozent der eingestrahelten Sonnenenergie direkt in Elektrizität um, die Effizienz der Umwandlung von Biomasse in Bio-Kraftstoff liegt aber nur bei lächerlichen 0,3 Prozent. Das Getreide, das umgewandelt in Ethanol zur Füllung des Tanks eines Oberklassewagens notwendig ist, kann einen Menschen während eines ganzen Jahres ernähren! Der Umkehrschluss: Wenn man einmal seinen Wagen mit Bio-Sprit volltankt, stirbt dafür irgendwo in der Dritten Welt ein Mensch an Hunger. Wollen wir das?

Interessant: Die Chinesen haben wohl die Zeichen der Zeit bereits erkannt. Dort ist es mittlerweile verboten, dass Nahrungspflanzen für die Energie-Erzeugung verwendet werden. Aber Merkel, Aigner & Co. haben ja so ihre Probleme damit, über den eigenen, gut gefüllten Tellerrand hinauszublicken. Denken ist eben Glückssache!

Horst Wester

Redaktion ZeitenWENDE



wird die Weizenernte weltweit verkauft, an der Börse gehandelt, und wenn eine katastrophale Dürre wie dieses Jahr in den USA dazukommt, steigt der Weizenpreis in eine Höhe, die sich der einfache Bauer oder Arbeiter in der dritten Welt nicht mehr leisten kann. Er verhungert, obwohl seine Grundnahrung direkt vor seinen Augen wächst!

Unverfroren sind auch die Nachhaltigkeitszertifikate! Denn es wird überhaupt nicht berücksichtigt, dass die Produktion von Biomasse zu indirekten Landnutzungsänderungen führt. Der Acker in Brasilien für den Sojaanbau mag vielleicht

Über politische Logik am Beispiel der Klimaerwärmung

Globale Warnzeichen

Dass der Klima-Gipfel in Durban 2011 eine Farce sein würde, war schon vorher bekannt; derlei Konferenzen sind zu kostspieligen Ritualen verkommen. Ergebnis gleich Null, aber man ist zurzeit in anderer Weise „betroffen“, obwohl die Klimaerwärmung schneller voranschreitet als prognostiziert.

Das Klima ist jetzt kein Thema für die Polit-Elite rund um den Globus. In den USA ist im November Präsidentschaftswahl und Obama kämpft um den Machterhalt. Die Staatsoberhäupter Europas kennen seit Monaten nur ein Thema: die Euro-Rettung. Die Rettung des Klimas ist vorerst auf Eis gelegt, das es im Sommer am Nordpol schon bald nicht mehr geben wird.

Unsere ehemalige „Klima-Kanzlerin“ ist zur Euro-Retterin mutiert, sie wurde deshalb sogar zur mächtigsten Frau der Welt gekürt. Das Tagesgeschäft der Euro-Rettungskonferenzen lässt ihr für Klimapolitik keine Zeit mehr. Der größte Teil des Wahlvolkes dürfte mit der Prioritätensetzung der Regierung einverstanden sein: Hauptsache, ihr Geld bleibt vorerst sicher. Vergessen wird dabei, dass Geld nur ein Tauschmittel für Güter und Leistungen ist, das zur Sicherung des Lebens und der Lebensqualität dient. Letztgenanntes geht aber gerade für viele den Bach runter, egal, ob mit Geld oder ohne. Man denke nur an die exorbitant gestiegenen Preise für Grundnahrungsmittel als Folge von verheerenden Dürreperioden, an sintflutartige Regenfälle, weil eine immer größere Menge Meerwasser verdunstet und sich irgendwo abregnet und vieles mehr.

Kürzlich konnte man aus Presse und TV erfahren, dass die Eisschmelze am Nordpol einen neuen historischen Rekord erreicht hat: die Fläche schrumpfte dieses Jahr auf 4,07 Millionen Quadratkilometer. Der arktische Eispanzer nahm noch vor einigen Jahrzehnten eine Fläche von

über 15 Millionen Quadratkilometern ein. Auch die Dicke des Eises nimmt ab, allerdings gibt es dafür keine genauen Daten. Die Wissenschaftler sind sich einig, dass die dramatischen Veränderungen am Nordpol auf die Klimaerwärmung und die vergangenen warmen Jahre zurückzuführen sind.

Das Schmelzen der polaren Eisdecke bewirkt nicht nur einen weltweiten Anstieg des Meeresspiegels, es bedeutet das Aus für Eisbären, Robben, Walrosse und andere Tiere in diesem Teil der Welt, weil ihnen bei schwindender Eisfläche der „Überlebensraum“ fehlt. Sie verhungern,



denn die Eisdecke ist ihr Lebensraum, von wo aus sie auf Nahrungssuche gehen.

Das Verschwinden des nordpolaren Eises hat aber auch eine weltweite Regulierung des Klimas zur Folge. Das arktische Eis ist ein wichtiger Faktor für das globale Klima, es beeinflusst unter anderem die Niederschlagsmenge an Regen sowie Kälte- und Hitzewellen.

Für Wissenschaftler gehört die diesjährige Eisschmelze zu den sogenannten „Kippunkten“. Unter einem „Kipp-

punkt“ versteht man ein Ereignis, das eine irreversible ökologische Kettenreaktion in Gang setzt. Das Schwinden der großen Eispanzer bewirkt unter anderem, dass weit weniger Sonnenlicht reflektiert wird. Die dunklen Flächen des Meeres und der Landmassen absorbieren mehr Wärme und die Erde erwärmt sich noch schneller. Aber Merkel & Co. schweigen, es geht nur noch um die nächste Tranche des Euro-Rettungsschirmes.

Vor einigen Jahren war der jung verstorbene Zoo-Eisbär Knut im Wahlkampf das „Klima-Maskottchen“, dann landete er ausgestopft in einem Museum, kürzlich hat man ihn in Bronze gegossen. Knut war zunächst ein Medien-Hype und eine ökonomische Erfolgsstory. Die Vermarktung von Plüsch-Knuts, T-Shirts und Kaffeebechern mit Knut-Motiven und vielem anderen Kitsch brachte viel Geld, die Aktien des Berliner Zoos stiegen kurzfristig auf fast das Doppelte.

Man ist geneigt, in Knuts Schicksal ein Gleichnis zu sehen: Das wirtschaftliche Interesse an der Nordostpassage (Seeweg im Nordpolarmeer entlang der Nordküsten Europas und Asiens) hat eine lange Geschichte.

Die Möglichkeit, Güter durch das bald eisfreie arktische Meer nach Ostasien zu transportieren, ist insbesondere für Norwegen und Russland hochinteressant. Schon lange stehen die Öl-Multis, allen voran Shell, in den Startlöchern, um in der Arktis zu bohren. Zeitgleich mit den Meldungen über das schwindende Polareis geschah, was viele Umweltorganisationen befürchtet hatten: Obama gab grünes Licht für Bohrungen in der Arktis, weil dort riesige Vorkommen an Öl und Gas

vermutet werden. Inzwischen hat Shell mit den ersten Probebohrungen begonnen. Dabei ist gerade die USA in diesem Jahr akut vom „Klimawandel“ gebeutelt: Im Süden kam es zu einer Rekordhitze und verheerenden Waldbränden, im mittleren Westen brachte die seit Jahrzehnten schlimmste Dürre-Periode schwere Ernteaussfälle mit sich. Weltweit explodierten in der Folge die Lebensmittelpreise, da die USA zu den größten Agrarproduzenten der Welt gehört. Mehr als zwei Drittel der amerikanischen Bundesstaaten litten unter der extremen Hitze und die Hälfte des Landes wurde von Experten als Dürre-Region eingestuft. Wildtiere verhungerten oder verdursteten, in Minnesota setzte ein großes Elchsterben ein. Hunderttausende sogenannter Nutztiere wurden notgeschlachtet, weil die Weiden verdorrt waren und die Farmer sich die verteuerten Futtermittel nicht leisten konnten. Die Karibik und der Südosten der USA, Regionen, die sich noch nicht von Hurrikan „Katrina“ (2005) erholt hatten, wurden von Hurrikan „Isaac“ heimgesucht. Louisiana traf es wieder besonders schwer und die Ölplattformen im Golf von Mexiko wurden zeitweise stillgelegt, was zu einem Anstieg des Ölpreises führte. Die Republikaner organisierten aus Furcht vor „Isaac“ ihren Parteitag in Florida um, wo Romney zum Präsidentschaftskandidaten gekürt wurde. Obwohl

diesmal selbst ein „Betroffener“, ist auch für den ultra-reaktionären Republikaner Klima kein Wahlkampfthema.

Durch Satellitenaufnahmen erfuhr man von riesigen Waldbränden im menschenleeren Sibirien. Aber auch in anderen Ländern wüteten die Flammen: In Portugal, Sardinien, Griechenland, Montenegro und Kroatien, in Spanien und auf den Kanaren löschten sie große Nationalparks aus. Diese Naturparadiese sind vorerst für lange Zeit zerstört.

Anderswo machten Überschwemmungen nach sintflutartigen Regenfällen unzählige Menschen obdach- und mittellos

Wenn in Mecklenburg-Vorpommern die Orangenbäume blühen...

und forderten viele Todesopfer: Auf den Philippinen traf es die Millionen-Metropole Manila, Australien erlebte das schlimmste Hochwasser seit 50 Jahren, aber auch Japan, Kamerun und Mozambique waren betroffen.

In Deutschland, Österreich und Holland kamen wegen der Hitze Tausende von Hühnern und Puten in ihren Massentställen um. Genaue Zahlen liegen nicht vor, da ein Hitzetod von „Nutztieren“ nicht einmal meldepflichtig ist.

Ein UN-Klimareport prognostizierte 2011 zunehmende Extremwetterlagen;

die Prognose ist eingetroffen, die Folgen der Klimaerwärmung sind weltweit zu spüren und sie belasten zunehmend die klammen Staatshaushalte vieler Länder.

Trotz aller globalen Warnzeichen wartet man vergebens auf ein Handeln der politisch Verantwortlichen. Das Gesetz des Geldes hat Priorität, auch wenn es langfristig ums Überleben geht. Kaum jemand scheint zu begreifen, dass man sich für Geld vielleicht schon bald nichts mehr kaufen kann: keine Luxusgüter, keine Lebensmittel, kein Trinkwasser, nicht einmal mehr die Luft zum Atmen.

Es droht keine Apokalypse, sie ist in vollem Gange. Von „Retten“ ist indes nur bei den Finanzen die Rede.

Vielleicht wird man sich eines Tages, wenn in Mecklenburg-Vorpommern die Orangenbäume blühen, aber weite Landstriche im Süden Europas zur „Vor-Sahara“ erklärt wurden, an eine kleine Partei in unserem Land erinnern, die mit dem Mut der Verzweiflung wieder und immer wieder vor der Katastrophe gewarnt und ein konsequentes Handeln von den Regierenden eingefordert hatte, aber nicht ernst genommen wurde, weil die politische Logik der „Etablierten“ und der gesunde Menschenverstand meist auseinanderdriften.

Franziska Ute Gerhardt /

Stefan Bernhard Eck

Redaktion ZeitenWENDE



„Micky & Molly“: Katzenmuseum und veganes Café in Braunschweig

Ist doch logisch...



Wenn man sich für den Veganismus stark macht, ist es nur logisch, dass man auch Projekte in Angriff nimmt, die eine unmittelbare Veränderung in diese Richtung bewirken können.

Da die eigene Erfahrung bekanntlich der beste Lehrmeister ist, kam mir die Idee eines Vegi-Cafés in den Sinn. Hier können sich die Besucher vom veganen Lebensstil selbst überzeugen und leckeres veganes Essen, vegane Kuchen und Torten kennenlernen und genießen. Daneben werden in dem Café mehr als 3 000 „Katzenexponate“ aus aller Welt in wechselnden Ausstellungen den Besuchern präsentiert.

Vielen Menschen ist immer noch nicht klar, wie wichtig die vegane Lebensweise für unsere Gesundheit und für den Erhalt unseres Planeten ist. Die Werbung lässt uns glauben, „Fleisch ist ein Stück Lebenskraft“ und „die Milch macht’s“ – jedoch genau das Gegenteil ist der Fall. Eine fleischhaltige Ernährung wird mit zahlreichen Krankheiten – unter anderem mit Krebs – in Verbindung gebracht. In Ländern mit einem hohen Milchkonsum steigt das Osteoporose-Risiko.

Aufklärung mittels sachlicher Informationen ist wichtig, positive Geschmacks-

erlebnisse vermögen jedoch auf anderer Ebene zu überzeugen. So war die Idee des Cafés „Micky & Molly“ geboren. Das „Micky & Molly“ – oder auch kurz „MiMo“ genannt – bietet seit dem 16. April 2012 von Mittwoch bis Sonntag vegane Torten, Kuchen, Cupcakes und Gebäck sowie Kaffee und Teespezialitäten aus fairem und ökologischem Anbau, wöchentlich wechselndes Mittagessen sowie einen sonntäglichen Brunch an. Viele Gäste merken gar nicht, dass sie vegan essen.

Nebenbei werden sie aber darüber aufgeklärt, wie sie mit veganen Lebensmitteln ihre Gesundheit, die Umwelt und die Tiere schützen. Denn, wer weiß schon, dass für die „Produktion“ eines Kilogramms Rindfleisch 15 500 Liter Wasser benötigt werden, und dass riesige Areale von Regenwäldern für den Anbau von Mais, Soja und Weizen für die Mast in der Massentierhaltung abgeholzt werden. Menschen verhungern, weil die Regierungen armer Länder Getreide an europäische und amerikanische Zuchtanlagen verkaufen. 100 000 Menschen – davon 40 000 Kinder – sterben täglich an den Folgen von Unterernährung.

Neben dieser humanitären Katastrophe verbirgt sich auch unermessliches Tierleid im Fleisch, aber auch in allen Milch- und Eiprodukten. Kühe werden ihrer Kälber beraubt, damit der Mensch die Milch bekommt, Hühner leben ihr kurzes Leben in qualvoller Enge. Am Ende

steht der Tod – oft ohne ausreichende vorherige Betäubung.

All dies bringen wir den Gästen unseres Cafés näher. Ergänzt werden diese Informationen durch regelmäßige Events: Filmabende, Livemusik und Vorträge zum Beispiel über ein Kuh-Projekt in Indien, über biologischen Landbau und vieles mehr.

Natürlich liegen auch die „ZeitenWende“ und andere Zeitschriften sowie Bücher wie zum Beispiel „Tiere essen“ oder „Peacefood“ und vegane Kochbücher aus.

Vor ein paar Tagen hat unser Shop „Planet Vega“ eröffnet; dort kann man sich mit den Zutaten für die vegane Küche eindecken. Uns freut besonders, dass es auch immer mehr Gäste gibt, die sich für Familienfeiern und auch für Hochzeiten ein veganes Catering bestellen, um ganz „unauffällig“ Verwandtschaft und Freunde zu „veganisieren“.

Positiv zu vermerken ist, dass sich unsere Kunden nicht durch die vielfältigen Informationen über den Veganismus bedrängt fühlen, sondern selbst viele Fragen stellen und sich manchmal sogar dafür bedanken, dass sie auf diesen Lebensstil aufmerksam gemacht worden sind.

Sollte es nicht eigentlich die Aufgabe unserer Regierung sein, in Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen Aufklärung über eine gesunde, vollwertige und ethisch vertretbare Ernährung zu leisten?

In Braunschweig sorgen wir für ein wenig Aufklärung: Mit „Micky & Molly“ ist der vegane Lebensstil in unserer Stadt ein gutes Stück vorangekommen. Wenn Sie in der Nähe sind, schauen Sie doch mal rein (Altewiekring 20a, 38102 Braunschweig)

Sabine Pankau

Redaktion ZeitenWENDE



2 Tage Messe-Arbeit, die zum Nachdenken anregen

VeggieWorld 2012 in Düsseldorf

Die großen Volksparteien machen sich nicht für eine vegetarisch/vegane Ernährungsweise stark. Im Gegenteil: Ihre Agrarpolitik richten sie so aus, dass der Massen-Konsument auch weiterhin sein Massenschnitzel bekommt.

Die perfide Logik hinter dieser wachstumsorientierten Politik und Gesetzgebung ist klar: die Milliarden Gewinne der „Fleisch-Industrie“ lassen die Steuereinnahmen sprudeln – ganz nach dem Motto: „Fleisch ist ein Stück Lebenskraft, das für den Staat Profite schafft!“ Doch die ignoranten „Fleisch-Politiker“ haben es nicht verhindern können, dass die Akzeptanz rein pflanzlicher Nahrungsmittel in der Gesellschaft stetig zunimmt und dementsprechend auch das Angebot an vegetarischen und vor allem veganen Produkten.

Davon konnten sich am 01. und 02. September 2012 die Besucher/innen der VeggieWorld Messe in Düsseldorf überzeugen. Wie schon im Frühjahr auf der VeggieWorld in Wiesbaden war unsere Partei mit einem eigenen Stand vor Ort, um Flagge zu zeigen und die Besucher davon zu überzeugen, dass wir inhaltlich die einzige Partei in Deutschland sind, die der Realität ins Auge sieht und weiß, wie die Ernährung und der Umgang mit Tierprodukten direkt mit den Problemen in unserer globalisierten Welt zusammenhängen.

Zwei Tage harte Messe-Arbeit, aber die Mühe hat sich gelohnt!

Der Startschuss fiel am Samstag um 10.00 Uhr und die meisten waren wohl wirklich überrascht von dem großen Besucherandrang bei Öffnung der Messe. Es waren wieder sowohl Tierrechts- und Tierschutzorganisationen als Aussteller vertreten, aber auch Anbieter von vegetarischen und veganen Produkten. Gerade in diesem Bereich – auch wenn die Zahl der Verkaufsstände in Düsseldorf nicht so groß war wie in Wiesbaden – wurde wieder einmal deutlich, mit welcher Intensität viele Firmen im Bereich der Entwicklung

neuer und Verbesserung bereits bestehender Produkte arbeiten und forschen. Der Markt wächst hier rasant, wohl auch, weil die Nachfrage im gleichen Maße steigt!

Am Samstag betreuten Silvia Kerber, Stefan Eck und Günter Schuchart unseren Messe-Stand. Unerwartet bekamen sie noch Hilfe von Petra Kuppinger, Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, und Marion Barth, ebenfalls Vorstandsmitglied im Landesverband Rheinland-Pfalz.

Am Sonntag waren Stefan Eck und Horst Wester für die Standbetreuung eingeteilt, aber auch an diesem Tag kam überraschende Hilfe durch Antonietta Tumminello, Wencke und Marcel Temburg aus dem Landesvorstand Nordrhein-Westfalen. Letztere langten dann auch beim zeitintensiven Standabbau noch tatkräftig mit zu.



Das Hauptziel unserer Teilnahme an dieser Messe war natürlich, die Besucher auf unsere Partei aufmerksam zu machen und ihnen unsere politischen Ziele zu erläutern. Es zeigte sich wieder in vielen Gesprächen, dass der Bekanntheitsgrad unserer Partei in der Öffentlichkeit noch deutlich Luft nach oben hat (um es milde auszudrücken). Hier ist im Besonderen der Einsatz aller Parteimitglieder „auf der Straße“ gefragt, nachdem wir ja erwiesenermaßen von den Medien übergangen und totgeschwiegen werden. Natürlich war auf dieser Messe das „richtige“ Zielpublikum, das grundsätzlich einer Änderung der Gesellschaft zu mehr Tierfreundlichkeit sehr aufgeschlossen gegenübersteht und damit auch unsere Partei sehr positiv aufnimmt. Die allgemeine Entwicklung (Besucherboom bei vielen Veranstaltungen wie kürzlich dem veganen Sommerfest in Berlin) zeigt, dass wir mit unserer Überzeugung und unserem Programm voll im Trend liegen und einfach nur beharrlich und konsequent weitermachen müssen. Die Zeit arbeitet für uns – auch wenn es für die millionenfach gequälten Tiere natürlich nicht schnell gehen kann!

Ein weiteres Ergebnis der Gespräche war, dass wir uns gezielt – neben unserer Fokussierung auf das Thema „Tiere“ – auch in anderen Bereichen weiter profilieren müssen. Gerade der soziale Bereich, die Energiepolitik, aber auch die Euro-Krise liegt den Menschen am Herzen und besonders dort müssen wir zeigen, dass wir kompetent und sachorientiert Positionen vertreten können, die den Menschen wirkliche Perspektiven für die Zukunft aufzeigen. Wenn jeder seinen gesunden Menschenverstand gebrauchen würde, müsste es dann auch für unsere Partei aufwärtsgehen!

Horst Wester

Redaktion ZeitenWENDE

Ein philosophisches Fehlurteil und seine Folgen

„Cogito ergo sum“

In der letzten Ausgabe der ZeitenWENDE haben wir unseren philosophischen Exkurs zur Beziehung zwischen Mensch und Tier in der Antike begonnen und seine Entwicklung bis ins tiefe Mittelalter hinein verfolgt.

Auf diesem langen Weg sind uns viele wichtige Denker mit beinahe modernen wirkenden Theorien und Ansichten begegnet. Sie haben zu einer Zeit, in der mehrheitlich ein anthropozentrisches Weltbild vorherrschend war, mit ihren weitsichtigen und antispeziesistischen Ideen die Grundsteine für unsere heutige Tierethik gelegt.

Trotz dieser bemerkenswerten Vorreiter tierfreundlicher Auffassungen wie Pythagoras, Plutarch und Franz von Assisi war das Mittelalter vom aristotelischen Denken geprägt, das dem Tier keinen intrinsischen Wert (Eigenwert) beimaß, sondern in ihm nur ein würdeloses Geschöpf sah, das alleine zum Nutzen des Menschen von Gott geschaffen wurde. Diese Ansicht hielt sich hartnäckig in den Köpfen der Menschen, auch wenn es an einer stringenten Argumentation mangelte. Vor allem stützte man sich auf religiöse Begründungen, wonach nur der Mensch als Ebenbild Gottes jene göttliche Eigenschaft der Vernunft besäße, die dem Tier fehle. Vernunft wurde in diesem Sinne gleichgesetzt mit einer unsterblichen Seele.

In der neuzeitlichen Philosophie wich man von dieser Idee nicht ab, da in Zeiten der Inquisition niemand auch nur gewagt hätte, die Sonderstellung des Menschen im göttlichen Gefüge anzuzweifeln. Als man sich langsam von der religiösen Vormachtstellung und Erstarrtheit zu lösen begann, um sich den Wissenschaften zu öffnen, tauchte ein „großer Vordenker“ auf, den heute noch Tierrechtler als den „Teufel der Tiere“ bezeichnen. Die Rede ist von René Descartes.

Zwar war seine Theorie „Cogito ergo sum – Ich denke also bin ich“ – keine re-

volutionär neue Idee, aber die Prämissen, die zu dieser Schlussfolgerung führten, hatten Folgen historischen Ausmaßes für den Status der Tiere. Descartes ging, wie viele Denker seiner Zeit, davon aus, dass Tiere nicht denken können und daher keine Seele besitzen. Dass ein Lebewesen denken kann, verband er mit der Fähigkeit zu sprechen. Tiere hätten – seiner Auffassung nach – zwar die anatomischen Voraussetzungen wie Menschen, um sprechen zu können, täten es aber nicht. Beobachtbare Kommunikationsformen zwischen Tieren schenkte er keinerlei Beachtung. Da Tiere aus seiner Sicht nicht sprechen können, schlussfolgerte der Philosoph, dass sie auch nicht denken könnten, kein Bewusstsein hätten und daher seelenlos seien. Er verglich sie mit Maschinen, die



weder Schmerz, Angst, Trauer oder Glück empfinden könnten. Laut Descartes bewegten sie sich rein nach mechanischen Gesetzmäßigkeiten. Ein Tier habe keinerlei seelische Regungen und könne somit nicht mit dem Menschen verglichen werden. Und ebenso wenig Achtung, wie man beispielsweise einem Uhrwerk schulde, so wenig schulde man auch einem Tier.

Mit dieser Annahme hob er den Dualismus zwischen Mensch und Tier auf eine ganz neue Stufe. Zwar schenkte man bereits vorher der Empfindungsfähigkeit von Tieren wenig bis gar keine Beachtung, aber noch niemand hatte es bis Descartes gewagt, sie den Tieren in Gänze abzusprechen, sprachen doch so viele alltägliche Beobachtungen gegen eine solche These.

René Descartes, der wohl nie ein Tier genauer beobachtet hatte, war ein einflussreicher Mann und in den akademischen Kreisen hoch angesehen. Sein fataler Irrglaube machte unter den Wissenschaftlern seiner Zeit rasch die Runde. Die Widersprüche, die es gab, verloren sich bald, da man merkte, wie nützlich eine solche Weltanschauung für die menschlichen Bedürfnisse doch war. Jenen Gelehrten, die ohnehin bereits von der Vernunftlosigkeit der Tiere überzeugt waren, öffnete Descartes' Theorie Tür und Tor zum Missbrauch der Tiere für alle nur erdenklichen Zwecke.

Trotz einiger Zweifel an seiner Theorie, fügte sie sich hervorragend in den damaligen Zeitgeist ein, vor allem für die Mediziner. Descartes' Behauptungen bezüglich der Tiere wurden für nahezu 250 Jahre die Grundlage der Naturwissenschaften. Wann immer nun ein Forschergeist das Innere eines Tieres betrachten wollte, konnte er es auf ein Brett nageln und bei lebendigem Leibe aufschneiden, da es ja nur eine Maschine war. Stießen die gepeinigten Tiere Schreie aus oder wehrten sich, dann wurde dies verglichen mit den Geräuschen, die entstehen, wenn man eine Uhr stellt. Die Qual der Tiere wurde ohne Gewissensbisse ignoriert, weil sie angeblich mechanisch reagierten.

Mit dieser cartesianischen Logik war der Weg der modernen Tierversuchs-

praktik geegnet. Vivisektoren machen sich die Tiere seit dieser Zeit bis heute zu Nutzen, „erforschen“ und verstümmeln sie im Interesse der menschlichen Rasse, die vermeintlich weit über dem Tier steht. Schon die heutigen Fachausdrücke der Experimentatoren machen deutlich, dass ein Tier immer noch als geringwertiges Lebewesen betrachtet wird. So spricht man zum Beispiel nicht von Versuchstieren, sondern von „Präparationen“. Geben die Tiere vor Schmerz oder Angst Laute von sich, wird dies schlicht als „Vokalisierung“ bezeichnet. Entfernt man ihnen zu „Forschungszwecken“ etwa die Augen, wird es als „binokularer Ausfall“ titulierte. Gefühloser kann es wohl kaum noch sein!

Man sollte meinen, dass durch die wissenschaftlichen Fortschritte und Erkenntnisse, die wir Menschen in den letzten Jahrhunderten gemacht haben, sich in den Köpfen etwas Grundlegendes geändert hat. Doch lauscht man den Worten der hoch angesehenen Ärzte, wie sie über ihre Versuchstiere in einer fast bemerkenswerten Ignoranz sprechen, dann wird deutlich, dass die Grausamkeit gegen Tiere nie ein Ende finden kann, solange ihnen keine existenziellen Grundrechte (Tierrechte) anerkannt werden. Seit René Descartes hat sich eigentlich nicht viel in der Behandlung der Tiere, gerade in der Forschung, verändert.

Neben Descartes war es Francis Bacon, ein englischer Philosoph, Staatsmann und als Wissenschaftler Wegbereiter des Empirismus, ein gnadenloser Großinquisitor und leidenschaftlicher Anhänger der mechanistischen Weltansicht, der der Ansicht war, dass Tiere in Gehegen gehalten, größer oder kleiner gezüchtet und bei lebendigem Leibe sezziert werden konnten, um Aufklärung über den menschlichen Körper zu erlangen. Man dürfe sie, so Bacon, Giften und anderen Substanzen aussetzen, damit man die Reaktionen studieren könne, um sie auf den Menschen zu übertragen.

Nicht viel anders sieht es noch heute in den Köpfen der Experimentatoren aus! Prof. Andreas Kreiter steckt seit mehr als 20 Jahren für seine Grundlagenforschung Elektroden in die Hirne von Affen, um vielleicht irgendwann einmal etwas mehr über den Krankheitsverlauf der Epilepsie beim Menschen zu erfahren. Ein „vielleicht“, das mit unvorstellbarem Tierleid verbunden ist, aber mit der Überlegenheit unserer Spezies und dem selbst zuerkann-

ten Recht auf Lebensqualität und „medizinischen Fortschritt“ gerechtfertigt wird. Inhaltsstoffe von Kosmetika werden in die Augen von Kaninchen geträufelt, nur um zu erforschen, ob es bei unsachgemäßem Gebrauch eine allergische Reaktion bei uns hervorrufen könnte.

Weltweit werden jährlich über 150 Millionen Tiere in Versuchslaboren „verbraucht“. Die meisten dieser Versuche dienen der Grundlagenforschung oder der Erprobung von Pharmazeutika und Kosmetika. Die „Erfolge“ dieser Experimente stehen dabei in keinem Verhältnis zu den Schmerzen, die den Tieren zugefügt werden.

Für die Opfer dieser menschlichen Perversion gibt es bis heute nur unzureichende Gesetze und solange es keinen grundlegenden Paradigmenwechsel gibt,

zählt das Leben eines Tieres weniger als das Leben einer unbefruchteten, nachweislich absolut empfindungslosen menschlichen Eizelle im Reagenzglas. Denn für diese Eizelle, gibt es umfassende, geradezu akribisch ausgearbeitete und für den rationalen Verstand nicht nachvollziehbare Gesetze, die dieses potentielle menschliche Leben schützen.

Auch wenn heute Descartes' Theorie widerlegt ist, so nimmt man Tierquälerei für die Forschung, den eigenen Komfort oder den Profit immer noch gewissenlos in Kauf. Es ist genau jene Ignoranz, jenes Fehlen von Mitgefühl und Rücksicht, die Mahatma Gandhi anprangerte: „Tierversuche sind das schwärzeste Verbrechen der Menschheit“.

Franziska Schneider
Redaktion ZeitenWENDE



Mitglieder des Bundesvorstandes

Funktion/Aufgaben	Name	Anschrift	Telefon/Fax	E-Mail
Vorsitzender	Eck, Stefan Bernhard	Preußenstraße 62 66111 Saarbrücken	Tel. 06 81/9 40 32 07 Fax 06 81/9 40 32 05	stefan-eck@ tierschutzpartei.de
<i>Parteiführung, Ltg. ZW, FK, Programm- u. Satzungskommission</i>				
Erste stellv. Vorsitzende	Pankau, Sabine	Altewiekring 20c 38102 Braunschweig	Tel. 01 70/9 00 86 8 Fax 05 31/20 85 44 4	sabine-pankau@ tierschutzpartei.de
<i>Event-Management, FK, Programm- u. Satzungskommission</i>				
Zweiter Stellv. Vorsitzender	Wester, Horst	Hesselbergstraße 13 91725 Ehingen	Tel. 0 98 35/17 59 Fax 0 98 35/9 77 96 64	horst-wester@ tierschutzpartei.de
<i>AG PR & Wahlen, Programm- u. Satzungskommission</i>				
Schatzmeisterin	Engelschall Christine	Hochbrückenstraße 8 80331 München	Tel. 089/25 54 88 01 Fax 0 89/25 54 88 02	christine-engelschall@ tierschutzpartei.de
<i>Finanzverwaltung, FK, Programm- u. Satzungskommission</i>				
Stellv. Schatzmeister	Hoos, Harald	Bornergasse 45 78829 Landau	Tel. 0 63 41/89 90 40 Fax 0 63 41/63 87 9	harald-hoos@ tierschutzpartei.de
<i>Finanzverwaltung, FK, AG PR & Wahlen, BAK Jagd</i>				
Schriftführerin	Nauheimer, Barbara	Weinberg 15 82211 Herrsching	Tel. 0 81 52/92 53 26 Fax 0 81 52/92 53 27	barbara-nauheimer@ tierschutzpartei.de
<i>Schriftführung, FK, Programm- u. Satzungskommission</i>				
Stellv. Schriftführer	Molitor, Carsten	Schwarzer Weg 25 26802 Moormerland	Tel. 0 49 54/92 24 82	carsten-molitor@ t-online.de
<i>Schriftführung, FK, AG PR & Wahlen</i>				
Generalsekretärin	Giese, Margret	Fontaneweg 36 38304 Wolfenbüttel	Tel. 053 31/90 45 25 Fax 053 31/9 49 50 95	margret-giese@ tierschutzpartei.de
<i>Parteiführung, Red. ZW, FK, Programm- u. Satzungskommission</i>				
Stellv. Generalsekretär	Bode, Michael	Neue Krugallee 22 12435 Berlin	Tel. 1 76/24 08 75 34	michael-bode@ tierschutzpartei.de
<i>Parteiführung, Ltg. ZW, FK, Programm- u. Satzungskommission</i>				
Beisitzer	Zemke, Andreas	Duisburger Straße 3 28199 Bremen	Tel. 01 72/91 69 02 9	andreas-zemke@ tierschutzpartei.de
<i>AG PR & Wahlen, Sonderaufgaben</i>				
Beisitzer	Buschmann, Martin	Postfach 1144 21629 Neu Wulmsdorf	Tel. 040/70 04 57 7 Fax 040/70 04 57 7	martin-buschmann@ tierschutzpartei.de
<i>AG PR & Wahlen, Sonderaufgaben</i>				
Beisitzer	Ehlers, Kenneth	Ebereschenstraße 4 15517 Fürstenwalde	Tel. 033 61/30 76 10	kenneth-ehlers@ tierschutzpartei.de
<i>AG PR & Wahlen, Sonderaufgaben</i>				
Beisitzerin	Kuppinger, Petra	Richard-Schirrmann-Str. 14/624 55122 Mainz	Tel. 0 61 31/67 83 32	petra-kuppinger@ tierschutzpartei.de
<i>Betreuung LV-HPs, Programm- u. Satzungskommission</i>				
Beisitzerin	Mayer, Erna	Am Angelbach 4 65520 Bad Camberg	Tel. 0 64 34/90 63 28	erna-mayer@ tierschutzpartei.de
<i>AG PR & Wahlen, Sonderaufgaben</i>				
Beisitzer	Schuchart, Günter	Schrotebogen 17 39126 Magdeburg	Tel. 01 77/33 11 44 9	guenter-schuchart@ tierschutzpartei.de
<i>BAK Vegetarismus & Gesundheit, int. Kommunikation</i>				
Beisitzerin	Gerhardt, Franziska	Talstraße 3 08233 Treuen	wg. Umzug derzeit tel. nicht erreichbar	franziska-gerhardt@ tierschutzpartei.de
<i>Red. ZW, Sonderaufgaben</i>				

Info-Material

Zusendung des gewünschten Materials gegen Unkostenerstattung über die Bundesgeschäftsstelle. Aufnahmeanträge zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle oder als Download über die Partei-Homepage (www.tierschutzpartei.de/Mitgliedschaft.htm).

1. Grundsatzprogramm
2. „Positionen“ – Partei ergreifen, damit die Zukunft eine Chance hat
3. „Neue Esskultur“ – Mit gutem Gewissen das Festtagsmenü genießen
4. „Tierversuche“ – Kulturschande des 21. Jahrhunderts
5. „Tierschutz“ – Stark für Tierschutz und Tierrechte
6. „Deine Stimme den Stimmlosen“
7. „Thunfisch“ – Zuerst stirbt das Meer, dann der Mensch
8. „Agrar-Subventionen“ – Schluss mit der Verschwendung von Steuergeldern
9. „Klima“ – Retten, was zu retten ist
10. „Stierkampf“ – Legalisierte Perversion in Europa
11. „Pelztiere“ – Fakten, die Sie wissen sollten!
12. „Jagd ist Out“ – Richtigstellung der Hubertuslegende
13. NEU: „Haustierabschuss“ – Vom Gesetzgeber toleriert
14. „6 Gründe gegen Fleischkonsum“ (Plakatserie und Flugblatt A 5)

Vorsitzende der Landesverbände

Landesverband	Funktion	Nachname	Vorname	PLZ/Stadt	Straße	Telefon/Fax	E-Mail
Baden-Württemberg	Vorsitzender	Blusch	Uwe	79252 Stiegen	Weilerstraße 6	07661/9082290	uwe-blusch@tierschutzpartei.de
Bayern	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Nauheimer	Barbara	82211 Herrsching	Weinberg 15	08152/925326 08152/925327	barbara-nauheimer@tierschutzpartei.de
Berlin	Komm. Vorstand	Eck	Stefan Bernhard	66111 Saarbrücken	Preußenstraße 10	0681/9403207 0681/9403205	stefan-eck@tierschutzpartei.de
Brandenburg	Vorsitzender	Ehlers	Kenneth	15517 Fürstenwalde/Spree	Ebereschenstraße 4	03361/307610	kenneth-ehlers@tierschutzpartei.de
Bremen	Vorsitzender	Zemke	Andreas	28199 Bremen	Duisburger Straße 3	0172/916902 9	andreas-zemke@tierschutzpartei.de
Hamburg	Vorsitzende	Jung	Bettina	21279 Wenzendorf	Am Schulberg 15	04165/224859 04165/224869	bettina-jung@tierschutzpartei.de
Hessen	Vorsitzende	Rust	Christa	60320 Frankfurt/M.	Eschersheimer Landstraße 280	069/5602163	christa-rust@tierschutzpartei.de
Niedersachsen	Vorsitzende	Giese	Margret	38304 Wolfenbüttel	Fontaneweg 36	05331/904525 05331/9495095	margret-giese@tierschutzpartei.de
Nordrhein-Westfalen	Vorsitzender	Temburg	Marcel	46145 Oberhausen	Bahnhofstraße 28	0208/38893612	marcel.temburg@gmx.de
Rheinland-Pfalz	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Kuppinger	Petra	55122 Mainz	Richard-Schirrmann-Str. 14/624	06131/67833	petra-kuppinger@tierschutzpartei.de
Saarland	Vorsitzender	Eck	Stefan Bernhard	66111 Saarbrücken	Preußenstraße 10	0681/9403207 0681/9403205	stefan-eck@tierschutzpartei.de
Sachsen	Vorsitzender	Hantzsch	Andreas	01909 Großharthau-Schmiedefeld	Dörfel 6	035954/52122	andreas-hantzsch@tierschutzpartei.de
Sachsen	Geschäftsstelle	Noack	Inge	09306 Breitenborn	Breitenborner Straße 17	034346/61475	
Sachsen-Anhalt	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Fassl	Josef	39104 Magdeburg	Haeckelstraße 10	0391/56390846 0391/6077283	bettinafassl@aol.com
Schleswig-Holstein	Vorsitzende	Schloon	Ulla	21465 Reinbek	Blocksberg 43	040-78107468 040-72730261	ulla-schloon@tierschutzpartei.de
Thüringen	Vorsitzender & Geschäftsstelle	von Fehr	Harald	99867 Gotha	Tüttleber Weg 13	03621/400766 03621/506611	harald.von-fehr@tierschutz-union.de

Informationen zu den Bundesarbeitskreisen sind bei der Bundesgeschäftsstelle zu erhalten.

WICHTIGER HINWEIS:

Wir haben bei der Ethikbank (www.ethikbank.de) ein neues Geschäftskonto eingerichtet. Ab sofort bitte alle Überweisungen nur noch auf dieses Konto vornehmen und bestehende Daueraufträge entsprechend ändern.

Bundesschatzmeisterei

Christine Engelschall
Hochbrückenstraße 8
80331 München
Tel. 089/25548801
Fax 089/25548002
christine-engelschall@tierschutzpartei.de

Ethikbank
BLZ: 830 944 95
Konto: 3 000 281

Bundesgeschäftsstelle:

Silvia Kerber
Haingrabenstraße 6
65843 Sulzbach am Taunus
Tel. 069/76809659
Fax 069/76809663
bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de
Bürozeiten:
Mo.-Fr. 9:00 -13:00 Uhr

Bundesschiedsgericht:

Stellv. Vorsitzende: Daniela Seibel

Mitglieder- und Beitragsverwaltung:

Marita Holst-Gericke
Bühlweg 5, 73614 Schorndorf
Tel. 07181/9943161, Fax 07181/994002
mitgliederverwaltung@tierschutzpartei.de
Bürozeiten: Mo. - Do., 9:00 -13:00 Uhr

Landesverbände in Aktion

Einige Beispiele der Aktivitäten unserer Landesverbände:



Landesverband Bayern

Dieses Jahr fand die Großveranstaltung zum „Tag der Abschaffung von Tierversuchen“ im April in Bremen statt. Organisator war der Verein „Ärzte gegen Tierversuche“. Als Vertreterin des Landesverbandes Bayern war die Landesvorsitzende Barbara Nauheimer vor Ort. Im Mai demonstrierten unsere Mitglieder zusammen mit anderen Tierrechtsgruppen für die Aufhebung des Haftbefehls gegen Paul Watson, Gründer von Sea Shepherd, vor dem Honorarkonsulat von Costa Rica in München.



Stammtisch des LV Bayern Anfang September in München

Am 21. Juli fand unsere Mitgliederhauptversammlung statt, auf der beschlossen wurde, dass sich unser Landesverband an der Bundestagswahl 2013 beteiligen wird. Wie üblich, trafen sich unsere aktiven Mitglieder jeden ersten Freitag im Monat zu einem „Partei-Stammtisch“. Diese Tradition werden wir fortsetzen, treffen uns aber jetzt, da viele Aktionen vorbereitet werden müssen, (zwei Messen, diverse Info-Stände) nicht mehr in dem veganen Lokal „Max Pett“, sondern im „EineWelthaus“ in München, Schwanthalerstr. 80. Gäste sind stets herzlich willkommen.

Seit kurzem besuchen wir jeden Freitag (mit Ausnahme des ersten Freitags im Monat) auch die Zusammenkunft von Münchener Tierrechtsgruppen, organisiert von „animal peace“, im Hotel Anna.

(Barbara Nauheimer)



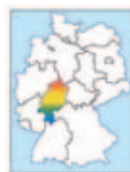
Landesverband Hamburg

Am 17.07.2012 nahm die Landesvorsitzende Bettina Jung an einer Mahnwache vor dem Tierversuchslabor Mienenbüttel mit Vereinsmitgliedern von „Lobby pro Tier“ und „Ärzte gegen Tierversuche“ teil. Aktion „Tierheilpraxis“: Um ein öffentliches Zeichen der Solidarität mit Captain Paul Watson zu setzen, plakatierte am 19. Mai 2012 Philipp-Niclas Jung (Schriftführer des LV HH) die Tierheilpraxis seiner Mutter Bettina mit „Bettlaken-Bannern“. Über diese Aktion mit einem Artikel über Paul Watson wurde im örtlichen Wochenblatt berichtet und sorgte dort für Aufmerksamkeit bei vielen Lesern.

Durch Aufrufe via Facebook hat der Landesverband Hamburg wesentlich dazu beigetragen, dass die Demo für die Freilassung Captain Paul Watsons in Berlin anlässlich des Staatsbesuches der costaricanischen Präsidentin am 23. Mai 2012 ein voller Erfolg wurde. Die 8 angereisten Teilnehmer unseres Landesverbandes HH, der Bundesvorsitzende Stefan Bernhard Eck und die Vorstandssekretärin Sabine Jedzig - alle in blauen T-Shirts und Jacken, ausgestattet mit Bannern und Fahnen - färbten den Platz vor der Siegessäule kräftig blau ein. (Bettina Jung)



Paul Watson-Demo in Berlin



Landesverband Hessen

Wie in allen größeren Städten fand am 22. Juli der Christopher Street Day in Frankfurt statt. Der Landesverband Hessen teilte sich mit dem Verein BiNe einen Stand und konnte viele Partei-Infos verteilen sowie Gespräche mit Interessierten führen. Zur Solidaritätsbekundung für Paul Watson im „Papageno Musiktheater“ am 13.06.2012 in Frankfurt, zu der auch die bekannte US-Schauspielerin Pamela Anderson angereist war, nahmen die hessischen Parteimitglieder Katharina Loibl, Silvia Kerber und Christa Rust teil, um Paul Watson zur Seite zu stehen. Auch an den erneuten Stadtteil-Demos gegen die Pläne, die A661 zu untertunneln, wodurch Wäldern, Wiesen und auch Kleingärten zerstört werden, beteiligten sich Mitglieder unseres Landesverbandes. Tierheimfeste und Stammtische wurden genutzt, um neue Kontakte aufzubauen. Auch die seit Jahren laufende wöchentliche Dauermahnwache Hartz IV/Montagsdemo wurde von unseren Mitgliedern genutzt, um die Partei und ihre Ziele bekannter zu machen.



Pamela Anderson stand Paul Watson zur Seite

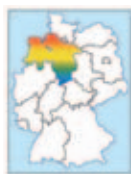
Wolfgang Penzler, der jeden Samstag auf dem Marktplatz in Marburg fleißig Faltblätter zu Tierrechtsthemen verteilt, zeigte anlässlich einer NPD-Kundgebung in seiner Heimatstadt am 04. August im wahrsten Sinne des Wortes Flagge für unsere Partei bei einer Demonstration gegen rechtes Gedankengut, an der 500 Bürger/innen, verschiedene Parteien und Organisationen teilnahmen. Ein großes Foto wurde in der Marburger Zeitung veröffentlicht, auf dem Penzler mit unserer blauen Parteifahne zu sehen war.



(Christa Rust)



Die LVs BaWü und Rheinl.-Pfalz bei der Überzeugungsarbeit



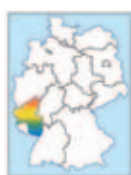
Landesverband Niedersachsen

Der Landesverband Niedersachsen betätigte sich auch in den letzten Monaten wieder an zahlreichen Aktionen. So nahmen Sabine Pankau und Danny Picken im März an der Demonstration gegen die sexuelle Ausbeutung von Tieren in Köln teil, die sich durch die Kölner Innenstadt zog und gut 300 Teilnehmer verbuchen konnte. Im April fand in Bremen die Demonstration gegen Tierversuche statt, zu der der Verein „Ärzte-gegen-Tierversuche“ aufgerufen hatte und bei der unser Landesverband ebenfalls vertreten war. Im Juni nahm Marita Adler vom Kreisverband Delmenhorst an der Mahnwache gegen den Tiermord in Frankfurt anlässlich der Fußball-EM teil. Am 18. August fand in Braunschweig der Landesparteitag statt, auf dem beschlossen wurde, an der Bundestagswahl 2013 teilzunehmen und auf dem die Liste der Kandidaten aufgestellt wurde:



Margret Giese, Sabine Pankau, Carsten Molitor sowie Wilhelm und Martin Pröhl werden sich zur Wahl stellen. Am 01. September nahmen Carola Lochte und Ruben Gömer sowie Harald Piltz am Vegan-Life-Festival in Braunschweig, das vom Verein Tier-Time organisiert wurde, mit einem Infostand teil. (Sabine Pankau)

Harald Piltz und Carola Lochte in Aktion



Landesverband Rheinland-Pfalz

Durch Infostände, Mahnwachen und Teilnahme an Demonstrationen trug der Landesverband Rheinland-Pfalz dazu bei, den Bekanntheitsgrad der Partei Mensch Umwelt Tierschutz zu vergrößern. Nachfolgend einige Beispiele unserer Aktivitäten: Unter dem Motto „Aus Freude am Leben“ nahmen einige unserer Mitglieder beim größten veganen Straßenfest in Stuttgart teil, an dem pflanz-

liche Spezialitäten vom Veggie-Döner bis zum veganen Kuchen angeboten wurden. Anfang Juni fand eine Kundgebung in Frankfurt gegen die Massentötung von Hunden in der Ukraine statt, die wir zusammen mit dem Landesverband Hessen unterstützen.

Gemeinsam mit dem Landesverband Hessen und BiNe e.V. bereicherten wir den CSD Frankfurt, Wiesbaden, Mainz und Koblenz mit einem Partei-Infostand.

Neben unserer Unterstützung bei der Messe VeggiWorld in Düsseldorf, die vom Bundesverband/Bundesvorstand organisiert wurde, nahmen wir an verschiedenen Anti-Atom- und Anti-Fluglärm-Demos, Stammtischen und Informationsveranstaltungen teil.

Zusammen mit der Deutschen Friedensgesellschaft, Vereinigte Kriegsdienstgegner/innen Hessen und War Resisters' International beteiligte sich unser Landesverband an der Anfang September stattgefundenen Aktion gegen das Abschiebegefängnis in Ingelheim, zu der das Aktionsbündnis „Abschiebehaft abschaffen“ mit einer Demonstration und anschließendem antirassistischen Festival aufgerufen hatte.

Wir hoffen, dass durch unsere Teilnahme an o.g. Aktionen wir unseren Teil zur Beseitigung des Tier- und Menschenleides beitragen und unsere Mitmenschen darüber aufklären, dass durch ihr Verhalten Lebewesen gequält und getötet werden.

(Petra Kuppinger)



Landesverband Schleswig-Holstein

Am 14.09.2012 wurde in Neumünster ein neuer Vorstand des LV SH gewählt: Ulla Schloon/Vorsitzende, Peter Nedderhof/Schatzmeister, Angela Stölting/Schriftführerin,

Caroline Eckhoff wurde als Beisitzerin gewählt. Am 28. April nahmen Ulla Schloon (verkleidet als Affe) und Peter Nedderhof zusammen mit anderen Landesverbänden an der großen Demonstration gegen die Affenversuche an der Bremer Universität teil. Die Demo führte vom Bahnhofsvorplatz in einem Rundgang durch und um die Innenstadt bis zum historischen Marktplatz. Die unsäglichen und ergebnislosen Affenversuche des Professor Kreiter sind schon seit vielen Jahren Ziel massiver Kritik zahlreicher Tierrechtler, aber bis heute hat er sein schändliches Tun nicht eingestellt.

(Ulla Schloon)

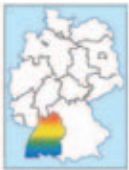


Landesverband Sachsen-Anhalt

In den vergangenen Monaten wurde in Havelberg unsere zweite Geschäftsstelle eröffnet (Holger Schulz). Wir erhielten unseren Stadtratssitz im Magdeburger Rathaus wieder (Josef Fassl) und gaben einen ganzen Tag lang auf RTL 89.0 Interviews zu veganer Ernährung (Nancy Streit, Andreas Döring), nachdem der Sender unangenehm mit einer „Schweinewette“ auffiel (ein Hörer hatte gewettet, einer der Moderatoren werde es nicht schaffen, 89 Schweine zu schlachten). Mehr über diese und andere Aktivitäten sowie die im Stadtrat eingebrachten Anträge und Anfragen ist ausführlich unter www.tierschutzpartei-sachsen-anhalt.de bzw. auf der facebook-Seite unseres Landesverbandes nachzulesen. (Bettina Fassl)



Das Tierschutzzentrum in Magdeburg



Landesverband Baden-Württemberg

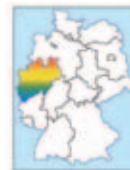
Am 15. September fand in Freiburg-Merzhausen die Mitgliederhauptversammlung des Landesverbandes Baden-Württemberg statt.

Nachdem Ingeborg und Manfred Holst von ihren Ämtern im Landesvorstand zurückgetreten sind, musste ein neuer Vorstand gewählt und die Landesliste zur Teilnahme für die Bundestagswahl 2013 aufgestellt werden. Anwesend war auch der Bundesvorsitzende Stefan Bernhard Eck, der als Ver-



Der neue Landesvorstand in Baden-Württemberg

sammlungsleiter fungierte. In den Vorstand wurden folgende Parteimitglieder gewählt: Uwe Blusch als Vorsitzender, Matthias Ebner als stellv. Vorsitzender, Susanne Lang als Schatzmeisterin, Christine Batt als Schriftführerin, Victor Storz als stellv. Schatzmeister, Franziska Gerhardt als stellv. Schriftführerin, Christine Renz, Monika Grieshaber, Rosemarie Zähringer, Maria Gockenbach und Coryn Weber-Castoldi als Beisitzerinnen. Als Kandidaten/innen wurden folgende Mitglieder in der Rangfolge für die Landesliste gewählt: 1. Uwe Blusch, 2. Susanne Lang, 3. Matthias Ebner, 4. Maria Gockenbach. Die Versammlung verlief sehr harmonisch und konstruktiv; man spürte, dass die anwesenden Parteimitglieder äußerst motiviert sich den neuen Aufgaben stellen wollen. (Sabine Jedzig / Stefan B. Eck)

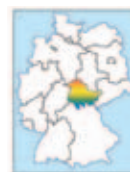


Landesverband Nordrhein-Westfalen

Am 29. September fand in Wetter die Mitgliederhauptversammlung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen statt, bei der auch eine Vorstandsnachwahl durchgeführt wurde. In den Vorstand

wurden folgende Parteimitglieder gewählt: Marcel Temburg als Vorsitzender, Hedi Müller als Schatzmeisterin und Antonietta Tumminello als Schriftführerin. Als Beisitzer/innen wurden gewählt: Detlef Döbele, Andrea Müller-Epp, Britta Brock-Hackbarth und Wencke Temburg.

Antonietta Tumminello auf der Veggieworld in Düsseldorf



Landesverband Thüringen

Ein Fall unter vielen – Teil 4

„Streunende Hunde: Polizei überfährt wieder Tier auf A1“

Nun – zu welchem Schluss ist die Staatsanwaltschaft gekommen? Betrachtet man sich die unterschiedlichen Auffassungen zu dieser, nun schon zweiten Horrortat von Polizisten, muss eindeutig an der Kompetenz der gesamten Polizei in der BRD, mit solchen oder ähnlichen Situationen richtig umgehen zu können, mehr als gezweifelt werden. Doch anscheinend spielte jetzt, bei diesem wiederholten Male des perversen Einsatzes von Streifenpolizisten, der Umstand eine große Rolle, dass man meinte sich so aufführen zu können, da beim ersten Male außer einer öffentlichen Entrüstung nichts weiter passiert war. Die Polizei glaubte folglich, dass es auch diesmal so glimpflich abgehen und den Tiermördern nichts passieren werde, zeigte doch selbst der Landesvorsitzende des ADAC, ein gewisser Max Stich, für ein solch tierverachtendes Vorgehen der Polizei sogar noch Verständnis. Eigentlich beim ADAC nicht verwunderlich, gibt es anscheinend bei dieser Truppe kaum einen Angestellten, dem ein Herz für Tiere in der Brust schlägt. (Von Bastian Modrow)

Fortsetzung folgt in der nächsten ZW-Ausgabe (Harald von Fehr)

Ein Kurzbericht über den 1. Sonderparteitag der MUT-Partei

Eindeutiges Votum



Die Beratung und Beschlussfassung über die Entwürfe der Bundessatzung und der satzungsrelevanten Ordnungen ist nicht jedermanns Sache, da solche Texte teilweise recht kompliziert sind und ihr Studium in jedem Falle sehr zeitintensiv ist.

Umso erfreulicher war es, dass trotzdem – und obwohl Ferienzeit war – knapp über 50 Parteimitglieder am 25. August 2012 nach Frankfurt angereist waren, um sich mit dieser trockenen Materie auseinanderzusetzen.

Im Vorfeld hatte es bei den Bundesparteitagen am 15. Oktober 2011 und am 23. Juni 2012 Kritik über einige Punkte in den Entwürfen gegeben; erstaunlicherweise kamen aber keine erneuten Ergänzungs- bzw. Änderungsanträge zu diesem wichtigen Sonderparteitag. Die meisten Paragraphen des umfangreichen Regelwerks wurden einstimmig oder mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen. Selbst bei den in der Vergangenheit strittigen Beschlusspunkten gab es durchweg nur wenige Enthaltungen oder Neinstimmen – meistens nicht viel mehr als 10 Prozent der Anwesenden, weil die Kritiker vom 28. und 29. Bundesparteitag nicht vor Ort waren.

Natürlich gab es auch kontroverse Diskussionen, z.B. über den Paragraphen bezüglich der Regelung von Delegiertenparteitagen. In einer sachlichen und fairen Debatte konnten jedoch die überwiegenden Vorteile von Parteitag in dieser Form den Anwesenden vermittelt werden. Nachdem darauf hingewiesen wurde, dass alle Parteimitglieder auch zu Delegiertenparteitagen eingeladen werden, sie Rederecht haben und somit auch Einfluss

auf die zu fassenden Beschlüsse nehmen können, wurde dieser zuvor strittige Paragraph mit großer Mehrheit angenommen. Den Skeptikern/innen war darüber hinaus auch nicht klar gewesen, dass es sich hierbei um einen „Kann-Paragraphen“ handelt und letztendlich die Landesvorstände und der Bundesvorstand gemeinsam jeweils die Entscheidung treffen, in welcher Form ein Bundesparteitag abgehalten wird.

Ein Grund für die unproblematische Verabschiedung der Entwürfe der Satzung und satzungsrelevanten Ordnungen dürfte sein, dass über alle Punkte sehr dezidiert schon im Vorfeld mit den Landesverbänden auf dem zweitägigen Sondertreffen im Februar dieses Jahres verhandelt wurde und dort über die meisten strittigen Punkte ein breiter Konsens erzielt wurde.

Dank der effizienten Versammlungsleitung durch Horst Wester und Harald Hoos verlief dieser Sonderparteitag ausgesprochen harmonisch und konstruktiv, was sicherlich der konzentrierten Mitarbeit der anwesenden Parteimitglieder zu verdanken war. Und so gelang es in der relativ knappen Zeit, eine neue Bundessatzung einschließlich aller satzungsrelevanter Ordnungen zu verabschieden.

Nach fast 20 Jahren Parteibestehens haben wir nun ein umfangreiches Regelwerk, das zu mehr Transparenz und Basisdemokratie führen wird und dazu beitragen kann, dass unsere Partei-Arbeit

noch professioneller wird - wenn es denn flächendeckend umgesetzt wird.

Erfreulich war auch, dass trotz der Vielzahl von Einzelbeschlüssen noch genügend Zeit für persönliche Gespräche und für ein Kennenlernen der Parteimitglieder untereinander vorhanden war.

Wie immer war für das leibliche Wohl bestens gesorgt. Der Cateringservice des Restaurants „Xáppás“ aus Fulda begeisterte die Anwesenden mit veganem Schnitzel, hausgemachtem Bio-Kartoffelsalat und zwei weiteren leckeren Salatvariationen zu einem regelrechten „Vorzugspreis“. Und in der Kaffeepause wurde man mit veganen Torten und Kuchen verwöhnt. Gegen 18.00 Uhr konnte der Bundesvorsitzende Stefan Eck das offizielle Ende des Sonderparteitages bekanntgeben. Rückblickend war der 25. August 2012 wohl einer der harmonischsten und produktivsten Parteitage innerhalb der letzten Jahre.

Nun gilt es, die gefassten Beschlüsse, die sich aus der Verabschiedung der Satzung und der satzungsrelevanten Ordnungen ergeben, nach und nach umzusetzen. Das wird vielleicht in einigen Punkten nicht leicht sein, da die verschiedenen Neuerungen erst noch etwas gewöhnungsbedürftig sind.

Fazit: Ein eindeutiges Votum für die Fortführung der Reform in unserer Partei!

Sabine Jedzig / Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZeitenWENDE

Unsere neue Satzung

und die wichtigsten Veränderungen, die sich daraus ergeben

„Es ist vollbracht!“ - am 25. August 2012 wurde endlich unsere neue Satzung auf dem Sonderparteitag verabschiedet.

Vorausgegangen war ein intensiver Meinungsaustausch mit den Landesverbänden und mit engagierten Funktionsträgern auf einem zweitägigen Sondertreffen in Frühjahr dieses Jahres, ein weitreichender Gedankenaustausch mit Prof. Dr. Klaus Buchner, dem ehemaligen Vorsitzenden der ödp, sowie Beratungen mit zwei Juristen. Unter dem Strich ist dabei eine Satzung herausgekommen, die unsere zwar mehrfach ergänzte, aber dennoch lückenhafte alte Satzung aus dem Jahr 1993 ablöst und die Partei auf solide demokratische Füße stellt. Zugegeben, die neue Satzung und die dazugehörigen satzungsrelevanten Ordnungen sind umfangreich und suggerieren einigen wenigen Parteimitgliedern, die sich nicht die Mühe gemacht haben, sie in allen Einzelheiten zu durchdenken, den Eindruck, die Partei werde „überreguliert“, Freiheiten der Landesverbände würden beschnitten und es mangle an Basisdemokratie. Aber genau Gegenteil ist der Fall.

Mit der neuen Satzung wurden Regelungen geschaffen, die den Landesverbänden größere Mitspracherechte einräumen, als dies in der alten Satzung der Fall war. Die neue Satzung schafft auch mehr Transparenz und kann, falls alle Landesverbände die neuen Möglichkeiten auch wahrnehmen, die Parteiarbeit professioneller und harmonischer gestalten als in der Vergangenheit, denn das A und O für konstruktive Zusammenarbeit ist Kommunikation und Offenheit.

Die wichtigsten Veränderungen, die sich durch die neue Satzung ergeben, auf einen Blick:

1. Unsere Partei wird zukünftig nicht mehr einen Vorsitzenden haben, sondern von drei gleichberechtigten Vorsitzenden, die im Jahr 2013 auf einem

Bundesparteitag zu wählen sind, geleitet. Der Vorteil: Die Verantwortung ruht auf drei Schultern und eine zu starke Prägung (jeder Vorsitzende prägt eine Partei) durch eine einzige Person an der Spitze wird verhindert.

2. Durch die Einführung eines „Rates der Landesvorsitzenden“, in dem alle Vorsitzenden der Landesverbände vertreten sind, wurde dem Gedanken der Basisdemokratie, der in der alten Satzung nur unzureichend berücksichtigt wurde, voll Rechnung getragen. Der „Rat der Landesvorsitzenden“ entscheidet zusammen mit dem Bundesvorstand über die grundlegende



Strategie und die Ziele sowie über Kampagnen und Aktionen der Partei sowie über grundlegende Fragen, die Satzung, satzungsrelevante Ordnungen und Parteibetreffen. Die Mitglieder des Bundesvorstandes und die Mitglieder des „Rates der Landesvorsitzenden“ haben gleiches Stimmrecht. Die Partei wird damit nicht mehr allein vom Bundesvorstand als ausführendes Organ des Bundesparteitages geleitet, sondern, um dem basisdemokratischen Gedanken Rechnung zu tragen, zusätzlich von einem zweiten Gremium. Darüber hinaus wurde das Instrument eines Parteirates geschaffen, der beide Gremien und alle Gebietsvorstände

in Fragen der Organisation und der Verfahrensabläufe bei Wahlen und bei außergewöhnlichen oder grundlegenden Entscheidungen beraten soll.

3. Die Fristenregelungen für Bundesparteitage und für das Antragsverfahren wurden dergestalt modifiziert, dass den Landesverbänden und der Parteibasis nun ausreichend Zeit für Beratungen und eventuelle Anträge zu Bundesparteitagen zur Verfügung steht, was nach der alten Satzung nicht der Fall war und oft bemängelt wurde.
4. Durch eine Transparenzregelung werden die Beratungsthemen (vorläufige Tagesordnungen) und Protokolle von Vorstandssitzungen auf allen Ebenen offengelegt. Dadurch erhalten die Mitglieder des Bundesvorstandes bzw. die Mitglieder in den Landesvorständen die Möglichkeit, sich aktiv – in beratender Funktion – an der aktuellen Parteiarbeit des jeweils anderen Organs durch Vorschläge für aufzunehmende zusätzliche Beratungsthemen in der Tagesordnung zu beteiligen.
5. In Zukunft können Bundesparteitage in Form von Delegiertenparteitagen abgehalten werden. Die Vorteile: Delegierte können sich intensiver mit den einzelnen Beratungsthemen auseinandersetzen als Mitglieder, die zwar an der Partei interessiert sind, aber nicht unbedingt sachkundig in allen Bereichen sind. Delegierten können Reise- und evtl. Übernachtungskosten erstattet werden; dies dürfte dazu führen, dass zukünftig die Anzahl der Teilnehmer/innen zunimmt, denn auch Nicht-Delegierte dürfen/sollten an Delegiertenparteitagen teilnehmen und können selbstverständlich wie früher mitdiskutieren. Die Entscheidung,

- ob ein Bundesparteitag in Form eines Delegiertenparteitages stattfindet, erfolgt durch die Landesvorstände und den Bundesvorstand gemeinsam. Alle Landesvorstände und der Bundesvorstand haben dabei gleiches Stimmrecht. Basisdemokratischer geht's wohl kaum!
6. Die neue Satzung schafft für alle Gebietsverbände mehr Entscheidungssicherheit, da sie dezidierte Regelungen für alle Problemfelder der alltäglichen Parteiarbeit beinhaltet, was einer subjektiven Interpretation der Satzung entgegenwirkt.
 7. Durch die neue Regelung bezüglich des jährlichen Mitgliedsbeitrages in der Finanzordnung fließen der Partei zusätzliche Mittel zu, die unbedingt für die kommenden Wahlen, aber auch für die allgemeinen Verwaltungsarbeiten benötigt werden. Mit einem Mitgliedsbeitrag von jährlich 60,00 Euro liegt unsere Partei im Vergleich mit anderen Parteien am unteren Ende der Skala. Außerdem ist es für jedes Mitglied, das finanzielle Probleme hat (Studenten, Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Rentner mit geringer Rente usw.) möglich, einen Antrag auf Beitragsminderung oder -stundung zu stellen, der in den meisten Fällen – wie dies die Vergangenheit gezeigt hat, positiv entschieden wird.
 8. Mit den Regelungen bezüglich Kostenpauschalen und Aufwandsentschädigungen für Funktionsträger soll ein Anreiz geschaffen werden, aktiver für die Partei tätig zu werden. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, fließt ein Großteil der ausgezahlten Beträge wieder als Spende zurück, weil es den betreffenden Mitgliedern ein Herzensanliegen ist, dass die Parteifinanzen, was letztendlich den Tieren zu Gute kommt, sich positiv entwickeln.
 9. Durch die geschaffene Möglichkeit, Arbeitsleistungen in Wahlkämpfen (Plakatieren, Verteilen von Info-Material, Sammeln von Unterstützungssunterschriften) zu vergüten, dürften sich die Kosten letztendlich verringern und das Engagement der aktiven Mitglieder steigern lassen.
 10. Auch die Schiedsgerichtsordnungen wurden auf einen neuen Stand gebracht, die es mehr Rechtssicherheit für die Arbeit des Bundesvorstandes und der Landesvorstände gewährleisten sollen.

11. Durch die Einführung eines Schiedsgerichts der Landesverbände wurde eine Instanz geschaffen, die dem Bundesschiedsgericht vorgeschaltet ist. Dies hat den Vorteil, dass bei vorhandenen Streitigkeiten oder Problemen, die zwischen einem Landesverband und einem seiner Mitglieder bestehen, ein Schiedsgericht angerufen werden kann, das auf dieser Ebene Erfahrung hat. Außerdem unterstützt und entlastet das Schiedsgericht der Landesverbände damit maßgeblich die Arbeit des Bundesschiedsgerichts.
12. Alles in allem war eine neue Satzung längst überfällig; die alte Satzung war in weiten Teilen rudimentär und entsprach nicht in allen Passagen – unserer Meinung nach – den Vorgaben des Parteiengesetzes. Vielleicht ist auch der eine oder andere Punkt in der neuen Satzung noch verbesserungsbedürftig, aber in Gänze ist sie ein wichtiger Meilenstein für unsere Partei.
13. Aufgrund der gestiegenen Ausgaben im Bereich der zentralen Finanzverwaltung und der Mitglieder- und Beitragsverwaltung, aber auch aufgrund vermehrter und professionellerer Aktionen des Bundesverbandes, die mit entsprechenden Ausgaben verbunden sind, wurde es notwendig, den Mitgliedsbeitrag um 1,00 Euro pro Monat anzuheben. Der Jahresbeitrag beläuft sich damit auf 60,00 Euro für Einzelmitglieder, für Ehepaare auf 100,00 Euro und für Schüler und Studenten sowie für sozial Schwache auf 30,00 Euro. Mitglieder unter 16 Jahren zahlen jährlich einen symbolischen Beitrag von 5,00 Euro. Ein Mitglied kann auf Antrag des Landesverbandes, dem es angehört, ganz von der Beitragszahlung für ein Jahr freigestellt werden. Unsere Mitgliedsbeiträge liegen damit immer noch am unteren Ende der Skala. Zum Vergleich bei anderen Parteien: Bei Bündnis 90/Die Grünen zahlt man mindestens 1 % des Netto-Einkommens, bei der ödp 72,00 Euro, bei der Linken ist der Beitrag je nach Einkommen gestaffelt (ab einem Einkommen von 2 300,00 Euro sind es 1 020,00 Euro Mitgliedsbeitrag).
14. Für den Verteilungsschlüssel der Kosten wurde die alte Regelung (vor 2007) wieder eingeführt. Die Hälfte der Kosten übernimmt der Bundesverband, die andere Hälfte wird im Verhältnis der Mitgliederzahlen der Landesverbände

und der nachgeordneten Gebietsverbände aufgeteilt.

Der Bundesvorstand plant, für alle Funktionsträger im Bundesvorstand und in den nachgeordneten Gebietsverbänden und für die aktiven Parteimitglieder in regelmäßigen Abständen Seminare durchzuführen, um – neben anderen Schulungsthemen – das Wissen zu vermitteln, die Möglichkeiten der neuen Satzung voll auszuschöpfen. Das kostet zuerst einmal Geld, weshalb beispielsweise der Verteilungsschlüssel geändert werden musste, wird sich aber mittelfristig, was die Parteifinanzen und die Professionalität betrifft, für alle Landesverbände positiv auswirken.

Liebe Parteimitglieder, lassen Sie sich durch die wenigen Skeptiker an der neuen Satzung nicht verunsichern, sondern stellen Sie ihnen die Frage, warum sie nicht längst selbst einen Alternativentwurf einer Satzung dem Bundesparteitag vorgelegt haben oder durch Anträge zum Sonderparteitag am 25. August 2012 einzelne Paragraphen zur Diskussion gestellt haben – eine in anderen Parteien übliche demokratische Verfahrensweise. Aber wir wissen ja: Kritik zu üben ist leicht – selbst Leistung zu erbringen dagegen schwer!

Der Bundesvorstand und die Satzungskommission haben monatelang hart gearbeitet, haben mit Juristen über den Entwurf diskutiert und sich bei befreundeten Politikern anderer Parteien Rat eingeholt, damit unsere Partei auch in Bezug auf die Satzung und die satzungsrelevanten Ordnungen professioneller wird.

Die „Spielregeln“ der Demokratie gebieten es, dass man die Entscheidung unserer Parteimitglieder auf dem Sonderparteitag am 25. August für die neue Satzung akzeptiert. Die Anfechtung dieses Sonderparteitages durch den Landesvorstand / Landesverband Sachsen-Anhalt, um auf diese Weise die neue Satzung zu Fall zu bringen, bedeutet, die Willensbildung der anwesenden Parteimitglieder auf dem Sonderparteitag einfach zu ignorieren. Dies hat mit den o.g. „demokratischen Spielregeln“ nichts mehr gemeinsam. Liebe Parteimitglieder, geben Sie der neuen Satzung die Chance, die sie nach all der Mühe und Arbeit auch verdient hat.

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZeitenWENDE

Literaturempfehlungen



Marie-France Hirigoyen **Die Masken der Niedertracht**

*Seelische Gewalt im Alltag und
wie man sich dagegen wehren kann*

Das Buch deckt die mehr oder minder subtilen Weisen auf, wie Menschen andere Menschen „niedermachen“.

In Paarbeziehungen beruht das Selbstwertgefühl des Mannes sehr häufig auf der Abwertung seiner Partnerin. Indem er sie erniedrigt, erhebt er sich, ohne etwas von Bedeutung getan zu haben, über sie und „wächst“ in dem Maße, wie sie immer „kleiner“ wird.

Im Arbeitsleben gibt es die Möglichkeit des Mobbing, worunter zu verstehen ist, dass durch Benehmen, Handlungen, Gesten und mündlichen oder schriftlichen Äußerungen eine Person gezielt verletzt bzw. erniedrigt wird. Die Autorin, Psychoanalytikerin und Viktimologin, benennt die vielfältigen Möglichkeiten des Quälens – der Ausübung, wie sie es nennt, perverser Gewalt: Diskreditieren, Isolieren, Schikanieren, den anderen zu Fehlern verleiten, sexuelle Belästigung und/oder die Verweigerung von direkter Kommunikation (stattdessen Lügen, Sarkasmus, Spott). Die Folgen für die Betroffenen können erheblich sein und entsprechen dem, was man unter einem posttraumatischem Stresssyndrom versteht, eine Diagnostik, die meist nur verwendet wird, um die psychologischen Folgen von Katastrophen zu benennen, oder der alten europäischen Nomenklatur für psychische Störungen folgend, der traumatischen Neurose. Eine solche Störung kann jahrelang bestehen und das Leben eines Menschen massiv beeinträchtigen.

Viele solchermaßen Gequälte werden sich in dem Buch erkennen, denn seelische Gewalt ist in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Die Autorin belässt es aber nicht bei der Aufdeckung des Erkennens von perverser Manipulation, sondern sie zeigt auch Wege auf, sich davon zu befreien.

Insofern ist dieses schwierige Buch ermutigend, denn es fordert jeden auf, sich zu wehren, wenn er betroffen ist, oder Betroffenen beizustehen und sie vor seelischer Misshandlung zu schützen.

Barbara Nauheimer
Redaktion ZeitenWENDE



Michael Schmidt-Salomon **Keine Macht den Doofen**

Eine Streitschrift

Der Autor des Buches, Dr. phil Michael Schmidt-Salomon, ist freischaffender Philosoph und Vorstandssprecher der Giordano-Bruno-Stiftung. Er beschreibt in seiner Streitschrift die Finanzakrobaten, die zwar mit Milliarden jonglieren, aber die Grundrechenarten nicht einmal beherrschen. Er nimmt die Politiker aufs Korn, für die nur Wählerstimmen und Diäten zählen statt Argumente. Er prangert religiöse Fanatiker an, die uns, so Schmidt-Salomon, mit modernsten Waffen ins Mittelalter zurückbomben wollen.

Bei der Lektüre wird schnell ersichtlich, was für die globalen Misere verantwortlich ist: eine einzigartige, weltumspannende Dummheit der Spezies Homo sapiens, die, so der Autor, den Namen Homo demens verdient.

„Keine Macht den Doofen“ ist eine gnadenlose Abrechnung mit dem globalen Irrsinn der Menschen und wohl eines der radikalsten Bücher, das zu diesem Themenkreis geschrieben wurden. Über die Dummheit der Menschen müsste man eigentlich weinen, doch beim Lesen des Buches wird stellenweise sogar zum Lachen gebracht.

Das Buch ist aber auch ein ernstgemeinter Aufruf zum Widerstand gegen die weltweit grassierende Ignoranz. Michael Schmidt-Salomon, den ich vor einigen Monaten bei einem persönlichen Gespräch zum Thema „Grundrechte für Menschenaffen“ in Bonn kennenlernte, fordert zum Schluss des Buches nichts weniger als eine Reformbewegung, die sich die „kulturelle Entblödung“ zum Ziel gesetzt hat. In den wachsenden Widerstandsbewegungen rund um den Globus, zu denen auch die Tierrechtsbewegung zählt, sieht der Autor den Beginn des Aufstandes gegen die Dummheit, deren Bekämpfung die größte Herausforderung unserer Zeit ist.

Ich kann dieses Buch wärmstens empfehlen, auch wenn es, was unsere Spezies betrifft, im Grunde sehr desillusionierend und deprimierend ist.

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZeitenWENDE

Marie-France Hirigoyen

Die Masken der Niedertracht

Verlag: Deutscher Taschenbuch Verlag, 2002, 12. Auflage

Taschenbuchausgabe, 240 Seiten

ISBN-10: 342336288X / ISBN-13: 978-3423362887

Preis: 9,90 Euro

Michael Schmidt-Salomon

Keine Macht den Doofen - Eine Streitschrift

Verlag: Piper, 2012, 4. Auflage

Taschenbuchausgabe, 128 Seiten

ISBN-10: 3492274943 / ISBN-13: 978-3492274944

Preis: 5,99 Euro

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Partei Mensch Umwelt Tierschutz
- Tierschutzpartei -
Haingrabenstraße 6
65843 Sulzbach am Taunus
Tel.: 069/76 80 96 59
Fax: 069/76 80 96 63
info@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Redaktionsleitung: Stefan B. Eck

Postanschrift: Stefan B. Eck
Preußenstr. 62, 66111 Saarbrücken
zeitenwende@tierschutzpartei.de

Redaktionsteam: Christine Engelschall,

Sabine Jedzig, Bettina Jung, Harald
Hoos, Barbara Nauheimer Manuela
Röper, Margret Giese, Horst Wester,
Franziska Ute Gerhardt, Sabine Brigitte
Pankau, Franziska Schneider

Layout: Horst Wester

in Vertretung für Claudia Carius
(www.claudiacarius.de)

Lektorat: Margret Giese**Druck und Vertrieb:**

Printec Offset Medienhaus
Ochshäuser Straße 45, 34123 Kassel
100% Recyclingpapier
Auflage: 1200 Exemplare
Erscheinungsweise: 3 Mal jährlich

Bank: Ethikbank, BLZ: 830 944 95,
Konto: 3 000 281

Rechtliches: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Wir behalten uns die Kürzung/Bearbeitung von Artikeln vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Datenträger etc. wird nicht gehaftet. Es ist nicht unsere Absicht, durch unsere Beiträge zu Straftaten aufzurufen. Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte angegebener Internet-Links. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktionsleitung. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Alle Rechte vorbehalten.

Redaktionsschluss: 15. November 2012

Unsere Restaurant-Empfehlung „Xáppás“ – frisch und frech

Wenn etwas besonders gut geschmeckt hat, muss belohnt werden! Deshalb empfehlen wir als „Produkttester“ unseren Mitgliedern heute an dieser Stelle das Restaurant „Xáppás“ in Fulda.

Auf dem Sonderpartei-tag in Frankfurt am Main am 25. August 2012 begeisterte der Catering-Service des Restaurants „Xáppás“ die anwesenden Mitglieder mit veganem Schnitzel, hausgemachtem Bio-Kartoffelsalat und zwei Salaten zu einem regelrechten „Vorzugspreis“ von 7,50 Euro. Die Portionen waren mehr als reichlich und es schmeckte vorzüglich! Mit der Schlemmerei ging es in der Kaffeepause weiter, als die Anwesenden mit veganem Kuchen und Torte verwöhnt wurden.

Alle Gerichte sind 100 Prozent vegan; Vegetarier und Veganer und alle, die weniger Fleisch essen möchten, sind von den Betreibern herzlich eingeladen, einmal im „Xáppás“ vorbeizuschauen. Es gibt Salate in mehreren Variationen, kleine Snacks, Wraps, Hauptspeisen, wie z.B. Schnitzel Wiener Art, Chili sine carne, Gulasch unga-

rische Art, und viele asiatische Spezialitäten, wie z.B. Thai Curry.

Und natürlich gibt es auch köstliche Desserts. Die Preise sind äußerst günstig; sie liegen zwischen 2,50 und 6,90 Euro.

Wer sich schon einen kleinen Vorgeschmack holen will, kann dies im Internet tun und sich die Speisekarte mit Menübildern ansehen. Die Mitglieder auf dem Sonderpartei-tag waren jedenfalls mit dem Essen rundum zufrieden.

Sabine Jedzig

Redaktion ZeitenWENDE

„Xáppás“ Fulda

Magdeburger Str. 13, 36037 Fulda

Tel.: 0661 – 29 19 83 25

Infos & Bestellungen: www.das-isses.eu

Öffnungszeiten:

Montag – Samstag 11:00 bis 23:00 Uhr

Sonntag 15:00 bis 23:00 Uhr



Das vegane Rezept „Violette Hexencreme“

Dieses Rezept entstammt dem Buch „Wald und Wiese auf dem Teller“ von Gisula Tschanner; Ausschließlich Wildpflanzen aus Wald und Flur bilden die Grundlage der abwechslungsreichen Rezepte. Zum Einsatz kommen Sauerampfer, Brennessel, Bärlauch, Vogelmiere, Spitzwegerich, Knoblauchsrauke, Gundermann, Gänseblümchen, Löwenzahn und viele andere Pflanzen. Wer gerne mit Zutaten experimentiert, die man im Garten, auf Wiesen und in Wäldern findet, sollte sich das Buch zulegen. Hier schon mal eine Kostprobe mit schwarzen Holunderbeeren.

**Zutaten für 2 bis 3 Personen:**

2 Tassen abgestielte Holunderbeeren,
frisch oder gefroren

4 – 5 Esslöffel Himbeersirup

2 Teelöffel Maisstärke (Maizena)

1 Esslöffel Zitronensaft

Laut Rezept je 1 Tasse (ca. 200 g) Quark
oder Jogurt natur (wir wollen es aber vegan
und nehmen deshalb Alpro Soya nature oder
Alpro Soya Vanille)

Die Holunderbeeren mit dem Sirup aufkochen und kurz köcheln lassen. Die Maisstärke mit dem Zitronensaft vermischen und unter das heiße Kompott rühren. Nochmals aufkochen und dann erkalten lassen. Alpro Soya unter die kalte Beerenmasse rühren und gekühlt servieren. Achtung: Holunderbeeren nie roh essen, weil diese Giftstoffe enthalten, die mittlere bis heftige Bauchschmerzen verursachen; die Giftstoffe verschwinden aber beim Erhitzen gänzlich.

Sabine Jedzig

Redaktion ZeitenWENDE

Leser/innenbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leser/innenbriefe zu kürzen.

Sehr geehrte Damen und Herren des Bundesvorstandes, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

da wir den Bundesparteitag am 23. Juni 2012 leider nicht besuchen konnten, möchten wir zumindest hiermit unsere Bestürzung und Empörung über das Verhalten des Landesverbandes Berlin zum Ausdruck bringen.

Es kann doch nicht sein, dass die jahrelangen Bemühungen der Partei, besonders der Parteispitze, mit hohen ethischen und immens wichtigen Zielen für Mensch und Tier durch Unterstellungen und Beleidigungen boykottiert werden. Was soll diese Rivalität auf Kosten besonders der leidenden Tiere?!

Ja, wir würden sogar sagen, dass uns der Sitz der Partei in Berlin als 1. Adresse sehr gefallen könnte; aber doch nicht auf dem Rücken der Menschen, die sich der Führung redlichst verdient gemacht haben, die wir persönlich kennen und hochschätzen gelernt haben!

Und da wir zum Internet keinen Zugang haben, erwarten wir sehnlichst die Zeitenwende, die keinesfalls absurde 10,00 Euro pro Stück kosten kann!

Wir brauchen diese Partei so dringlich wie nie zuvor, aber bitte in aller Freundschaft, Gemeinsamkeit und Gerechtigkeit!

Mit freundlichen Grüßen
Ingeborg Kandl, Anita Grill, Edda Huber
 (Mitglieder des Landesverbandes Bayern)

Sehr geehrte Mitglieder im Bundesvorstand!

Als langjähriges Mitglied in der Tierschutzpartei habe ich solche Probleme, die durch die Anfechtung der Bundesparteitage durch Herrn Fassl entstehen, mir bisher nicht vorstellen können, dass sich dies in unserer Partei abspielt auch nicht. Herr Fassl ist sich wohl nicht bewusst, dass er damit die Parteiarbeit blockiert und vielen Mitgliedern die Motivation raubt und dadurch schließlich den Tieren Schaden zufügt. Ich bin sehr empört und spreche hiermit dem Bundesvorstand mein volles Vertrauen aus.

Wolfgang Penzler (Vorstandsmitglied im LV Hessen)

Grüne Bundestagsfraktion macht ersten Schritt in die richtige Richtung

Lange Nacht der nachhaltigen Ernährung in Berlin

Am 26.09.2012 veranstaltete die Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen in Berlin-Kreuzberg die „Lange Nacht der nachhaltigen Ernährung“, die unter dem Motto „Für eine neue Haltung! Fleisch in Maßen statt Massen.“ stand.

Rund 200 Gäste aus nah und fern nahmen an diesem abwechslungsreichen Themenabend teil. Aus unserer Partei folgten der Einladung der Bundesvorsitzende Stefan Bernhard Eck, Sabine Jedzig vom Vorstandssekretariat sowie Artur Kalka und Michael Bode vom Landesverband Berlin.

Bärbel Dieckmann, Präsidentin der Welthungerhilfe, und Bärbel Höhn, Bündnis 90 / Die Grünen, befassten sich in der ersten Diskussionsrunde mit dem Thema „Klima- und Entwicklungskiller – Auswirkungen unseres Fleischhungers“. Dieckmann betonte, dass 935 Millionen Menschen hungern und die Industrienationen ihren Fleischkonsum unbedingt senken müssen, da mittlerweile 47 Prozent aller landwirtschaftlich nutzbaren Flächen

für den Anbau von Futtermittel-Pflanzen für die Fleischproduktion genutzt werden. Höhn betitelte die Massentierhaltung als ein Desaster und forderte eine Agrarwende sowie eine Neuregelung der EU-Subventionen für die Fleisch- und Milchwirtschaft. Sie machte deutlich, dass eine Veränderung liebgehabter Ernährungsweisen sehr schwierig sein wird, da selbst in der eigenen Bundestagsfraktion es zurzeit noch keine Mehrheit für die Einführung eines „Veggietales“ in der Kantine des Deutschen Bundestages gäbe (ein optionales vegetarisches Gericht neben den Fleischgerichten an einem Wochentag).

In der zweiten Runde zum Thema „Fleisch als ein Stück Lebenskraft“ waren die Diskutanten Nicole Maisch, Bündnis

90 / Die Grünen und Sebastian Zösch vom VEBU. Allein schon aus gesundheitlichen Gründen riet Maisch zur Einschränkung des Fleischkonsums, weil es Antibiotika-belastet sei und ein zu hoher Konsum z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen fördere. Zösch gab zu Bedenken, dass ein Drittel der Gesundheitskosten (80 Milliarden Euro) auf das Konto von falscher Ernährung zurückzuführen sei und die Verbraucher daher stärker zum Vegetarismus motiviert werden müssten.

Über „Herkunft und Haltungsbedingungen von Tieren“ sprachen Dietlind Freiberg von McDonalds und Friedrich Ostendorff, agrarpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Vorstandsmitglied bei Neuland (Verein für tiergerechte und umwelt-

schonende Nutztierhaltung in Deutschland) in der dritten Gesprächsrunde. Laut Freiberg werden 300 000 Kühe aus „Milchviehbetrieben“ in Deutschland für McDonalds Deutschland zu Burgern verarbeitet, und der Konzern achte mehr und mehr auf Tierschutzstandards und Nachhaltigkeit. Sie wies aber darauf hin, dass ein Umdenken in der Konzernzentrale, was Tierschutzstandards und Nachhaltigkeit betrifft, viele Jahre dauern würde. Ostendorff, der die Massentierhaltung und die zu großen „Nutztierbestände“ in Deutschland anprangerte, kritisierte vor allem Bundesministerin Ilse Aigner, weil sie die Exportpolitik der großen Fleischkonzerne und die Intensivierung der Landwirtschaft massiv unterstütze. Er warb für Neuland, weil hier besonders artgerecht und umweltschonend „hergestellt“ würde: Futtermittel aus Deutschland ohne Gentechnik, keine Antibiotika, Haltung auf Stroh ohne Anbindung, Tageslicht im Stall, Auslauf ins Freie und Weidehaltung. Er betonte, dass bereits 40 Prozent der Metzger in Berlin „Neulandmetzger“ seien. Abschließend machte er seine eigene Überzeugung und Position deutlich: Der Mensch dürfe Tiere nutzen, und die Grünen wollen niemandem vorschreiben, was auf dem Teller liegt!

Zum Schluss kamen Renate Künast und Peter Altmaier, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit von der CDU, zum Thema „Der Kochtopf als Politikum – wie privat ist unser Essen?“ zu Wort. Künast betonte, dass sie selbst nur Erzeugnisse aus Biolandbau und artgerechter Tierhaltung konsumiere. Ihre Forderung: informierte Bürger und eine Änderung des Bewusstseins, zurück zum

Sonntagsbraten, eine Reduzierung der großen Tiermastanlagen durch verschärfte Auflagen wie beispielsweise durch ein Gesetz, das vorschreibt, dass 50 Prozent der verwendeten Futtermittel aus eigener Produktion stammen müssen. Sie plädierte dafür, in Schulen das Fach „Lebenskunde“ einzuführen, mit dem den Schülern vermittelt werden soll, was der eigene Körper braucht, um sich wohlzufühlen.



Altmaier vertrat vehement die Meinung, dass jeder selbst entscheiden soll, was er essen will. Privat isst der übergewichtige Politiker, wie er selbst zugab, gerne und häufig, er bevorzuge Rinderfilet und er ärgere sich über das wässrige Billigschnitzel, das ihm nicht schmecke. Abschließend sprach er von der großen Verantwortung für Ackerboden und Umwelt und der Nitratbelastung des Grundwassers. Trotzdem sei aber die Tierproduktion in Deutschland notwendig, um damit einen Beitrag zum Welthungerproblem zu leisten. Auf die Frage, ob er den immensen deutschen Fleischexport beibehalten wolle, ging er jedoch nicht ein.

Fazit: Es ist ein positives Zeichen, dass die grüne Bundestagsfraktion die Intensivtierhaltung ablehnt; als etablierte Partei spricht sie die Zustände und Folgen der Massentierhaltung offen an. Im grünen Fraktionsbeschluss vom 06.09.2012 wurde die Forderung „artgerecht statt massenhaft“ aufgestellt – immerhin ein erster Schritt. Auf einem Transparent und durch Wortmeldungen machten die jungen Grünen während der Veranstaltung ihre eigene fundamentale Position deutlich: McDonalds = McMurder und „Es geht auch ohne Fleisch!“. Dafür bekamen sie vom Publikum und uns großen Beifall, weil wir zwar jede Reform unterstützen, aber unser Endziel die Abschaffung der Nutzung und Tötung von Tieren bleibt! Geoutet hat sich Peter Altmaier: Ein Bundesumweltminister sollte die Zusammenhänge von Fleischkonsum und seinen Folgen klar erkennen und sich ohne Wenn und Aber gegen die Intensivtierhaltung aussprechen. Bei seinen Antworten gewann man aber nicht den Eindruck, dass ihm die ökologischen und sozialen Folgen des hohen Fleischkonsums bewusst sind. Sein Nichteingehen auf die Frage zum derzeitigen Fleischexport sprach Bände und zeigte wieder einmal deutlich mehr, wie Tier-verachtend die CDU ist, und dass in dieser Partei der gesunde Menschenverstand auf der Strecke bleibt, wenn es um das Thema Fleisch geht.

Was die Grünen betrifft, ist zu sagen, dass sie einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan haben, dass sie aber weit davon entfernt sind, Tierrechte und consequenten Tierschutz politisch umzusetzen.

Sabine Jedzig

Redaktion ZeitenWENDE

Verbandsklagedemo am 11. Oktober in München

Am 11. Oktober 2012 veranstaltete der Tierschutzverein München eine Demonstration zum Thema „Verbandsklagerecht in Bayern“, nachdem mittlerweile bereits über 30 000 Unterschriften gesammelt worden waren. Diese Veranstaltung auf dem Odeonsplatz war umrahmt von mehreren tierrechtlichen Infoständen (u.a. Animal Peace und Animals United) sowie einem Stand unseres Landesverbandes Bayern.

Kurt Perlinger, der 1. Vorsitzende des Tierschutzvereins durfte als Redner die bayerischen Landtagsabgeordneten Andreas Lorenz (CSU), Markus Rinderspacher (SPD), Tobias Thalhammer (FDP) und

Dr. Christian Magerl (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßen, die ihre Standpunkte zu dem Thema erläuterten. Daneben bekam aber auch der 2. stellv. Bundesvorsitzende unserer Partei, Horst Wester, am Rednerpult die Gelegenheit, massiv für die dringend notwendige Einführung des Verbandsklagerechts im Tierschutz zu werben.

Daneben konnten auch noch zahlreiche Unterstützungs-Unterschriften für die Teilnahme des LV Bayern an der Bundestagswahl 2013 gesammelt werden.



Horst Wester

Redaktion ZeitenWENDE



„Denken ist die schwerste Arbeit, die es gibt. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, daß sich so wenige Leute damit beschäftigen.“

(Henry Ford, amerik. Großindustrieller, 1863-1947)

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++

Ernsting's Family zieht Werbespot mit Elefanten zurück

Der Werbespot des Textilunternehmens Ernting's Family versucht, Kindern eine Heile-Welt-Zirkus-Atmosphäre vorzugaukeln. Schauplatz ist ausgerechnet der Circus Voyage, in dem die schwerkranke Elefantenkuh „Mausi“ gestorben ist. Dank Proteste des Deutschen Tierschutzbundes hat sich das Unternehmen mittlerweile auf seiner Facebook-Seite und in einem Schreiben an den Deutschen Tierschutzbund entschuldigt und verzichtet darauf, den Werbe-Spot weiter zu senden.

Quelle: Deutscher Tierschutzbund / Newsletter vom 03.09.2012

Abschiedsbrief: Kein Tag Wiesenhof

Abschiedsbrief: Kein Tag Wiesenhof
Jürgen Trittin hat sein Amt als „Botschafter“ von Werder Bremen niedergelegt. In einem Abschiedsbrief an Werders Präsidenten erläutert Trittin seine Entscheidung. Auszug aus dem Schreiben vom 20.08.2012: „Sehr geehrter Herr Präsident Fischer, Trainer und Management setzen auf einen mutigen Neustart, dem alle Werder-Fans nur die Daumen drücken können - auch wenn der Auftakt im Pokal bedauerlicherweise danebenging. Leider wird dieser hoffnungsvolle Saison-Start von Managemententscheidungen überschattet, die von umweltbewussten Werderfans nicht mit getragen werden können. Das Management des SV Werder hat sich nun trotz vieler Proteste für Wiesenhof als Sponsor entschieden. Für mich heißt das, dass ich meine Tätigkeit als Botschafter von „Lebenslang umweltbewusst“ leider beenden muss.“

Quelle: Albert Schweitzer Stiftung / Newsletter vom 02.09.2012

Quelle: Albert Schweitzer Stiftung / Newsletter vom 02.09.2012

„Käfigfreie Mensa“

Ein Zwischenerfolg für die Initiative „Käfigfreie Mensa“: Mehr als 75 Prozent aller deutschen Studentenwerke verwenden inzwischen keine Käfigeier mehr (auch nicht in flüssiger Form oder als Eipulver). Besonders erfreulich ist, dass die Zusammenarbeit mit den Studentenwerken oft über das Thema Käfigeier hinausgeht. Ein gutes Beispiel wie die Albert Schweitzer Stiftung dazu beiträgt, das fleischfreie und vegane Angebot auszubauen. *Quelle: Homepage / Albert Schweitzer Stiftung*

Quelle: Homepage / Albert Schweitzer Stiftung

Piemont: Jagd für zunächst ein Jahr ausgesetzt

Laut der Initiative zur Abschaffung der Jagd vom 09.09.2012 ist mit Anordnung vom 7. September 2012 die Jagd im italienischen Piemont für zunächst ein Jahr ausgesetzt. Das oberste Gericht in Piemont hat die Beschwerde gegen die Jagdzeiten 2012/2013 bestätigt, welche die Vereinigung zur Abschaffung der Jagd LAC (Lega per l'abolizione della caccia), Pro Natura und SOS Gaia eingereicht hatten. Die Jagd ist damit für die Jagdsaison 2012/2013, die am 16. September beginnt, ausgesetzt. Für die Aussetzung der Jagd wurden drei Gründe genannt: Das Fehlen eines regionalen Wildlife Management-Plans, eine fehlende Beurteilung der zu erwartenden Auswirkungen für das Natura 2000-Netz und die Nichtbeachtung der Stellungnahme der ISPRA für die Festlegung der Jagdzeiten.

Quelle: Initiative zur Abschaffung der Jagd / 09.09.2012

Supermarktkette „V-Markt“ beendet Käfigei-Verkauf

Supermarktkette „V-Markt“ beendet Käfig-Verkauf

Nach einer Kampagne von VIER PFOTEN hat „V-Markt“ den Verkauf von Eiern aus Käfighaltung gestoppt. In den Filialen der süddeutschen Unternehmens gibt es keine Eier aus tierquälerischer Kleingruppenhaltung mehr. VIER PFOTEN war seit Monaten in Verhandlungen mit der Geschäftsführung und hat die Kunden der Filialen in und um München mit Aktionen über die tierquälerische Kleingruppen-Käfighaltung aufgeklärt. Nach Luftballon-Aktionen, Demonstrationen, der Überreichung des Negativ-Preises „Das faule Ei“ und einer Plakataktion listete „V-Markt“ das Qual-Produkt schließlich aus. Auch andere Supermarktketten sind bereits auf Druck von VIER PFOTEN aus der Käfighaltung ausgestiegen. Die großen Discounter wie z.B. Aldi, Penny und Lidl führen schon lange keine Käfig-Eier mehr!

Quelle: Vier Pfoten / Newsletter vom 01.06.2012

Quelle: Vier Pfoten / Newsletter vom 01.06.2012

46 419 Unterschriften für eine gesetzliche Registrierungspflicht übergeben

Registrierungspflicht übergeben
Am 29.08.2012 hat TASSO knapp 50 000 Unterschriften bei der Außenstelle des Landwirtschaftsministeriums in Bonn übergeben. Die Unterschriften sind das Ergebnis einer am 4. Oktober 2011 gestarteten Aktion mit dem „Bund gegen Missbrauch der Tiere“ zur Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Haustiere. „Das Ergebnis ist eine weitere Bestätigung für uns, dass die Registrierung vom überwiegenden Teil der Tierhalter als sinnvoller Schutz ihrer Haustiere gesehen wird“, so Mike Ruckelshaus, tierschutzpolitischer Sprecher bei TASSO.

Quelle: TASSO / Newsletter vom 04.09.2012

Quelle: TASSO / Newsletter vom 04.09.2012

Keine Tierversuche mehr bei Firma John Paul Mitchell Systems

Mitchell Systems

Ein toller Erfolg für Tiere, die in qualvollen Versuchen leiden und sterben: Der Markenhersteller für Stylingprodukte Jöhn Paul Mitchell Systems zieht sich nach Gesprächen mit PETA komplett aus dem chinesischen Markt zurück! Die tierfreundliche Firma trifft somit eine mitfühlende Entscheidung und setzt erneut ein Zeichen gegen Tierversuche – diese werden nämlich von der chinesischen Gesetzgebung verlangt. Paul Mitchell ist neben Urban Decay ein weiteres Unternehmen, dem die eigenen Prinzipien wichtiger sind als ein zusätzlicher Gewinn. Nicht so die einst tierversuchsfreien Unternehmen Avon, Mary Kay oder Estée Lauder, die für das Geschäft in China Tierversuche in Kauf nehmen. *Quelle: Peta / Newsletter vom August 2012*

Quelle: Peta / Newsletter vom August 2012

EDEKA stoppt Thunfisch-Vermarktung nach Tierschützer-Protesten mit Hollywoodstar

Die Tierschutz-Organisationen Wal- und Delfinschutz-Forum (WDSF) und SAVE Wildlife Conservation Fund hatten zusammen mit dem Oscar- und Bambi-Preisträger Richard O'Barry die Lebensmittelkette EDEKA auf einer Pressekonferenz wegen tödlicher Delfinbeifänge beim Thunfischfang scharf angegriffen. EDEKA, die Nr. 1 im deutschen Lebensmittelhandel, teilte dem WDSF nun mit, dass sie auf die Vermarktung des kritisierten Dosen-Produkts zukünftig verzichten will und nach Alternativen sucht. Lars Gorschlüter (und SAVE Wildlife Conservation Fund): „Den Verbrauchern sei generell empfohlen, weniger Fisch zu essen. Die Ressourcen und die Belastungen des Thunfischs sollten uns mehr als nachdenklich stimmen.“

Quelle: WDSF / 23.04.2012

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++